

Indochina im Berichtszeitraum

(Oktober, November 1981)

Oskar Weggel

Gliederung:

- A. Vietnam
1. Die vietnamesisch-chinesischen Beziehungen: Auf der Suche nach den "Hintergründen und Ursachen" der gegenseitigen Feindschaft; gegenseitige "Sabotage"; Kriegsgefangene
 - a) Wer ist schuld am Indochina-Konflikt?
 - b) Rückgriff in die Geschichte
 - c) Kriegsgefangenenpolitik
 2. Beziehungen zum Ostblock
 - a) Sowjetischer Flottenbesuch und thailändisch-amerikanische Gegenmanöver
 - b) Neue Formen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion: Entsendung vietnamesischer "Gastarbeiter"; Gründung vietnamesisch-sowjetischer Gemeinschaftsunternehmen
 3. Regionalpolitik
 - a) Zwei "neue" vietnamesische Vorschläge zur Regionalpolitik: Von der ZOPFAN über die ZOGIPAN zur ZON
 - b) Fortdauernde Spannungen zu Thailand
 - c) Auseinandersetzungen vor der UNO
 4. Weitere Außenpolitik
 - a) Sechs Länder blockieren Hilfe für Vietnam
 - b) Verhältnis zu den USA
 - c) Vietnam und der Mittlere Osten
 - d) Vietnam und die Bundesrepublik Deutschland: Teilnahme an der Frankfurter Buchmesse; Presse, Rundfunk und Fernsehen sowie Bibliothekswesen in Vietnam
 5. Innenpolitik
 - a) Verschiebung des V.Parteitags
 - b) Verbesserung der Basisverwaltung in Dörfern und Stadtbezirken
 - c) Berichte aus vietnamesischen Umerziehungslagern
 - d) Militärwesen: Neue Verteidigungsstrategie und Maßnahmen zur Verbesserung der Kampfmoral
- B. Kambodscha
- I. Das Demokratische Kampuchea (DK)
 1. Zur Kriegslage
 - a) DK-Siegesberichte - von Augenzeugen teilweise bestätigt
 - b) Hat sich Vietnam den Papageienschnabel im Südosten Kambodschas einverleibt?
 - c) Gifteinsatz in Kambodscha?
 - d) Lage an der thailändisch-kambodschanischen Grenze
 2. Außenpolitik: Die Kambodscha-Frage erneut vor der UNO; hoher Abstimmungssieg für das DK
 3. Innenpolitik
 - II. Die VR Kampuchea (VRK)
 1. Außenpolitik
 - a) Vietnam
 - b) Umfang der Sowjethilfe
 - c) Nahrungsmittelhilfe

2. Innenpolitik: Die Rolle der VRK-Armee
- III. Das Dritte Kambodscha
 1. Das Dreiertreffen von Singapur und die nachfolgenden Verhandlungen über die Bildung einer antivietnamesischen Front
 2. Moulinaka und KPRLF
- C. Laos
 1. Außenpolitik
 - a) Beziehungen zu Vietnam
 - b) Beziehungen zur Sowjetunion und zum Ostblock
 - c) Beziehungen zu Thailand
 2. Innenpolitik
 - a) 6.Jahrestag der LDVR: Versiebt und verbliebene Chancen
 - b) Der wachsende Widerstand in Laos

A. Vietnam

1. **Die vietnamesisch-chinesischen Beziehungen: Auf der Suche nach den "Hintergründen und Ursachen" der gegenseitigen Feindschaft; gegenseitige "Sabotage"; Kriegsgefangene**

a) Wer ist schuld am Indochina-Konflikt?

Im Berichtszeitraum hat Vietnam kein Verhandlungsangebot gemacht. Andererseits wies der chinesische Vertreter bei der 36.UNO-Vollversammlung darauf hin, daß China seine Beziehungen zu Vietnam nur dann normalisieren könne, wenn Hanoi "alle regionalen Hegemonieansprüche" aufgeben, wenn es nicht länger als Helfershelfer beim sowjetischen Drang nach Süden aufträte, wenn es seine Truppen aus Kambodscha und Laos abzöge und alle gegen seine Nachbarländer gerichteten bewaffneten Provokationen und Streifzüge einstelle. Es gebe keine "chinesische Bedrohung". China brauche vielmehr eine friedliche internationale Umwelt, um sein Modernisierungsprogramm durchziehen zu können. China halte im Ausland keinen einzigen Soldaten, verfüge über keine Militärbasen außerhalb seines Territoriums und strebe auch nicht nach Einflußsphären. Es strebe zu allen südostasiatischen Staaten ein Verhältnis an, das sich an den fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz orientiere. Die Gefahr für den Frieden in Südostasien gehe nicht von China, sondern von Vietnam und der Sowjetunion aus. Vietnam sei nach Kambodscha eingefallen und habe dort ein Marionettenregime installiert; es übe mit Hilfe von 200.000 Mann Soldaten eine "Militär- und Kolonialherrschaft" aus und ignoriere bis heute die UNO-Resolutionen, die den Truppenabzug verlangen. Vietnam kontrolliere außerdem Laos und unterhalte dort 50.000 bis 60.000 Soldaten. Ferner habe es Truppenverbände an der kambodschanischen Grenze zu Thai-

land hin zusammengezogen und lasse sie des öfteren dort eindringen. Vietnam schicke ferner Agenten zu Sabotagezwecken nach Thailand. Vietnam habe ferner 60% seiner Streitkräfte an der vietnamesisch-chinesischen Grenze stationiert. Bei all diesen Aktionen werde Vietnam von der Sowjetunion unterstützt. Gerade in diesem sowjetisch-vietnamesischen Zusammenspiel, das von gemeinsamen Hegemoniewünschen bestimmt werde, liege die Ursache für die Unruhe und die Gefährdung des Friedens in Südostasien (BRu 1981, Nr.40, S.3).

Der vietnamesische UNO-Delegierte erklärte demgegenüber, daß die Ursachen für die instabile Lage in Südostasien auf eine "äußere Intervention" zurückzuführen sind. Es sei China, das den Konflikt gegen die indochinesischen Staaten provoziert habe. An anderer Stelle heißt es, daß China gegen Vietnam "psychologische Kriegsführung" (Nhan Dan in SWB, 14.11.81: Lautsprecherkrieg entlang der Grenze, Verteilung von antivietnamesischer Literatur etc.) betreibe; es mache sich der "Wirtschaftssabotage" (Einführung gefälschter Banknoten, Beschießung der Grenzgebiete, Nhan Dan in SWB, 23.11.81) und der "militärischen Sabotage" schuldig (Entsendung von Spionen, Ausgabe von Falschmeldungen etc., Nhan Dan in SWB, 28.9.81), führe ständig entlang der Grenze Militärmanöver durch (R.Hanoi in SWB, 20.10.81), inszeniere, Hand in Hand mit den USA, einen "Abnutzungskrieg" gegen Vietnam (VNA in SWB, 10.10.81) und versuche überhaupt, Vietnam auszubluten. Auch sei es erneut zu chinesischen Grenzübergreifen gekommen (VNA in SWB, 23.11.81). In Kambodscha spiele China die "Pol-Pot-Karte" (VNA in SWB, 18.8.81).

Radio Hanoi erwähnt in einer längeren Sendung die Unberechenbarkeit der Chinesen: Gleich nach 1949 hätten sie sich eng an die Sowjetunion angeschlossen, um sich dann wieder von ihr abzuwenden. Es sei eine Fülle von Kampagnen ("Drei rote Fahnen", "Großer Sprung vorwärts", "Große proletarische Kulturrevolution") gestartet worden, die dann ex post wieder verurteilt wurden. Jahrelang habe sich China Vietnam gegenüber freundlich gegeben, um dann in eine totale Kehrtwendung zu verfallen. All diese Akte zeigten übrigens auch, wie sehr die "Revolution in China verraten" worden sei (SWB, 3.10.81).

b) Rückgriff in die Geschichte

Mit zu den häufig vorgebrachten historischen Argumenten gegen China gehört auf vietnamesischer Seite der Hinweis, daß China Vietnam zweimal beherrscht habe, nämlich einmal 1.000 Jahre, das andere Mal 30 Jahre lang. Insgesamt sei China 12mal nach Vietnam eingefallen. Die längste Friedensperiode zwischen beiden Staaten habe

350 Jahre betragen. Auch jetzt gehe eine neue Gefahr vom nördlichen Nachbarn aus.

China wollte hier die Antwort nicht schuldig bleiben und veröffentlichte in der Zeitschrift "Studien zu internationalen Fragen" (guoji wenti yanjiu) unter dem Titel "Die chinesisch-vietnamesischen Beziehungen" eine lange Abhandlung, die auch in XNA und in BRu (1981, Nr.41, S.15 ff., Nr.42, S.23 ff. und Nr.43, S.15 ff.) nachgedruckt wurde und deren wesentlicher Inhalt in der Aussage besteht, daß es zwischen beiden Staaten zwar immer wieder Perioden der Feindschaft gegeben habe, wobei nicht nur Chinesen Vietnam, sondern auch umgekehrt Vietnamesen Teile Südchinas angegriffen hätten. Hauptinhalt der Geschichte aber sei der freundschaftliche Verkehr zwischen beiden Völkern gewesen. China habe die Vietnamesen das Tiefpflügen, die Bewässerung, die Düngung, die Seidenraupenzucht, Papierherstellung, Keramik, Baukunst, Medizin und Metallurgie gelehrt, während umgekehrt die Chinesen von den Vietnamesen Produkte wie den Zhanheng-Reis, Süßkartoffeln, Drachenaugen- und Liqi-Früchte übernommen hätten. Mehr als die Hälfte des vietnamesischen Vokabulars bestehe heute aus Wörtern, die von der chinesischen Sprache übernommen oder abgeleitet seien. In bezug auf Sitten und Gebräuche hätten beide Völker vieles gemeinsam, so z.B. gleiche Feste wie das Frühlingsfest, das Qingming-Totengedenkfest, das Drachenboot- und das Mittherbstfest.

In der modernen Geschichte hätten beide Völker häufig Schulter an Schulter gegen gemeinsame Feinde gekämpft, so bereits am Ende des 19.Jhdts. gegen die französischen Eindringlinge. Lange Zeit sei die südchinesische Region Guangxi ein Stützpunkt vietnamesischer Revolutionäre unter Führung Ho Chi Minhs gewesen. China habe die Vietnamesen auch während des 1. und 2.Indochina-Kriegs gegen die Franzosen und Amerikaner unterstützt. "In mehr als zwanzig Jahren" habe China den Vietnamesen Hilfsgüter im Gesamtwert von über 20 Mrd.US\$ zukommen lassen. Dies schloß leichte und schwere Waffen, Munition und Kriegsmaterial ein, mit dem zwei Millionen Mann in Heer, Marine und Luftwaffe ausgerüstet werden konnten, sowie Hunderte von Unternehmen und Reparaturwerkstätten, über 300 Millionen Meter Baumwollstoff, 30.000 Kraftwagen, einige Hundert Kilometer Eisenbahnstrecken samt Schienen, Lokomotiven und Wagons, über fünf Millionen Tonnen Getreide, zwei Millionen Tonnen Benzin, mehr als 3.000 km Pipelines und Hunderte von Millionen US-Dollar in Devisen. Diese Hilfe sei nicht an Bedingungen geknüpft und "zum größten Teil unentgeltlich" gewesen. Abgesehen von dieser materiellen Hilfe habe China im Zeitraum von 28 Jahren ca. 20.000 Experten und Berater nach Vietnam entsandt. Hinzu kamen mehr als 300.000 Mann zur Unterstützung der Pionier- und Luftabwehrtruppen. Vietnamesische Führer hätten immer wieder eingeräumt, daß ohne diese chinesische Hilfe kein vietnamesischer Sieg denkbar gewesen wäre. Das gute Verhältnis sei eine Selbstverständlichkeit gewesen, solange Ho Chi Minh

das Ruder führte. Mit dem Machtantritt der "Le-Duan-Clique" freilich sei es dann zu chinesisch-vietnamesischen Auseinandersetzungen gekommen: Anfangs hielten sich die neuen Führer zwar noch zurück, doch mit der Unterzeichnung des Pariser Abkommens von 1973 und insbesondere nach der "Befreiung" Südvietnams i.J. 1975 sei die "Clique" dann offen zur chinafeindlichen Politik übergegangen, habe sich mit der Sowjetunion zusammengeschlossen, mit einer prononciert chinafeindlichen Propaganda begonnen, die Auslandschinesen in Vietnam verfolgt, Laos besetzt, Kambodscha erobert und sei schließlich zu einer systematischen Politik des "Regionalhegemonismus" übergegangen. Der antihegemonistische Kampf sei nach alledem die Schlüsselfrage und Voraussetzung für die Normalisierung der chinesisch-vietnamesischen Beziehungen geworden. China wünsche, daß Vietnam die auf Indochina angewandte "Antihegemonieklausel" unterschreibt, welche folgenden Inhalt hat: "Keine Seite soll in Indochina, Südostasien und in anderen Teilen der Welt nach Hegemonie streben, und jede Seite wird dem Bestreben eines dritten Landes oder einer Gruppe von Ländern, eine solche Hegemonie zu erreichen, entgegenzutreten. Keine Seite darf Streitkräfte im Ausland stationieren und jede Seite muß ihre im Ausland stationierten Truppen auf das eigene Territorium zurückziehen. Keine Seite wird einem Militärblock beitreten, der gegen die andere gerichtet ist, Militärbasen an andere Länder vergeben oder das Territorium oder Basen anderer Länder benutzen, um die andere Seite oder andere Länder zu bedrohen, Subversion gegen sie zu betreiben oder sie militärisch anzugreifen."

Dies also sind die chinesischen Kernforderungen: kein Truppeneinsatz im Ausland, Abzug aller im Ausland stationierten Truppen, Widerstand gegen Hegemoniebestrebungen, kein Beitritt zu Militärblocks, keine Vergabe von Militärbasen.

c) Kriegsgefangenenpolitik

Im August und September hatten beide Seiten Kriegsgefangene ausgetauscht (Näheres C.a., September 1981, S.606). Inzwischen sind zehn Vietnamesen nach China übergelaufen, weil sie, wie es in der chinesischen Propaganda heißt, jenem "Elend entkommen wollten, das die Le-Duan-Clique dem vietnamesischen Volk einbrachte" (XNA, 16.10.81). Die zehn waren mit einem Hubschrauber gekommen.

Nach Meldung des Geheimensenders Bayi ("1.August") sollen elf chinesische Truppenführer und Soldaten, die während des "Erziehungsfeldzugs" gefangen genommen, dann aber wieder an China zurückgegeben worden waren, Selbstmord begangen haben. Der Grund dafür sei, wie Bayi behauptet, die Politik des Mißtrauens und der Diskriminierung gegenüber Personen, die einmal in Gefangenschaft geraten seien. Radio Hanoi nahm diese Meldung auf und stellte seinen Kommentator dazu unter die Überschrift "Bittere Liebe" (SWB, 26.10.81).

2. Beziehungen zum Ostblock:

a) Sowjetischer Flottenbesuch und thailändisch-amerikanische Gegenmanöver

Vom 10. bis 14.Oktober hielt sich ein sowjetischer Flottenverband zu einem "mehrtägigen Freundschaftsbesuch" im vietnamesischen Hafen Da Nang auf. Der Kommandeur des Verbandes, Vizeadmiral Jassakow, erklärte, dieser erste offizielle Besuch in einem südlichen Hafen Vietnams werde zur weiteren Stärkung der sowjetisch-vietnamesischen Beziehungen beitragen. Jassakow ist gleichzeitig stellvertretender Befehlshaber der sowjetischen Pazifikflotte (Radio Hanoi in SWB, 13.10.81, und XNA, 16.10.81). Da Nang ist ein Tiefwasserhafen in Zentralvietnam, der während der sechziger Jahre von den USA ausgebaut worden war. Angeblich hat die Sowjetunion dort inzwischen eine Basis für elektronische Informationen eingerichtet, durch die alle Aktivitäten der 7.US-Flotte überwacht werden sollen (XNA, 16.10.81).

Fast zur gleichen Zeit, am 13.Oktober, begann ein viertägiges Seemanöver der thailändischen und amerikanischen (7.US-Flotte) Marine. Drei Wochen später folgte ein weiteres gemeinsames thailändisch-amerikanisches Marinemanöver im Golf von Thailand, das unter dem Codenamen "Sea-Siam" abgehalten wurde und hauptsächlich die U-Boot-Abwehr übte (XNA, 3.11.81).

Diese Seemanöver wurden von Hanoi als eine "unverschämte Provokation für die Völker Indochinas" attackiert. Die Übungen dienten nicht nur dem besonderen Aktionsplan der USA gegen die indochinesische Halbinsel, sondern seien ein Teil des allgemeinen Plans der Regierung Reagan, im Rahmen der globalen US-Strategie in Asien, im Pazifik und im Indik Provokationen zu inszenieren. Die Amerikaner hätten ein "sehr schlechtes Gedächtnis" (Nhan Dan in SWB, 16.10.81). Offensichtlich trage sich die US-Regierung mit dem Plan, ihre alten Basen in Thailand wieder zu eröffnen (VNA in SWB, 12.10.81).

b) Neue Formen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion: Entsendung vietnamesischer "Gastarbeiter"; Gründung vietnamesischer und sowjetischer Gemeinschaftsunternehmen

Die Sowjetunion wird ihre tägliche 6 Mio.-Dollar-Hilfe langfristig nicht gratis gewähren wollen, sondern Gegenleistungen verlangen, die wiederum einesteiils politischer Natur (z.B. Einräumung strategisch wichtige Basen), aber auch ökonomischer Natur sind. Mit seinen Exporten, die weitgehend landwirtschaftlicher Natur sind, kann Vietnam seine Schulden auch nicht annähernd abdecken. Deshalb greift man nunmehr zur Rückzahlung in Form der Entsendung von gelernten und ungelerten Arbeitern in die Sowjetunion und nach Osteuropa. Z.Zt. handelt es sich dabei angeblich um 50.000 Arbeiter, die bis zur Beendigung des nächsten vietnamesischen 5-

Jahres-Plans i.J. 1986 auf die Zahl von 100.000 ansteigen soll. Da in fast allen osteuropäischen Ländern, vor allem aber in der Sowjetunion, ein Arbeitskraftdefizit besteht, könnten sich sowjetische und vietnamesische Wirtschaft hier ideal ergänzen, soweit die Vietnamesen sich für die ihnen zugewiesenen Arbeiten überhaupt eignen (IHT, 9.11.81). Bis der z.Zt. bestehende Schuldenberg von rund 3 Mrd. US\$ abgetragen wäre, müßten allerdings noch wesentlich mehr Arbeitskräfte entsandt werden.

Umgekehrt wurde am 23. November ein vietnamesisch-sowjetisches Abkommen über Zusammenarbeit im Ausbildungsbereich für das Jahr 1982 abgeschlossen, in dessen Rahmen die Sowjetunion Vietnam bei der Ausbildung von Facharbeitern und Managern unterstützen will (VNA in SWB, 25.11.81).

Eine andere Form wirtschaftlicher Kooperation dürfte im Zusammenhang mit den Abmachungen etabliert werden, die Le Duan bei seinem Moskau-Besuch unterzeichnet hat. Danach sollen vierzig sowjetisch-vietnamesische Gemeinschaftsprojekte aufgezogen werden. Nähere Einzelheiten sind noch nicht bekannt geworden. Es könnte aber sein, daß ähnliche Veredelungs- und Kompensationsabmachungen zustande kommen wie sie heute bereits zwischen China und ausländischen Partnern bestehen. Vietnam hätte dann z.B. nach sowjetischen Mustern und u.U. mit sowjetischen Maschinen Waren herzustellen, die z.T. auf dem Inlandsmarkt abgesetzt, z.T. aber als Kompensation an die Sowjetunion zurückgeliefert werden. An die Stelle einseitiger Entwicklungshilfe träten damit "Gegengeschäfte". Für Vietnam hätten sie den Vorteil, daß Technologie und Maschinen importiert werden, für die keine wertvollen Devisen aufzubringen sind und daß gleichzeitig das Heer der Arbeitslosen z.T. würde.

Zu erwähnen ist hier noch die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Ölbohrungen. Zu diesem Zweck fand am 23. November in Hanoi die erste Sitzung des vietnamesisch-sowjetischen Öl- und Gasunternehmens (Vietsov-Petro) statt (VNA in SWB, 25.11.81). Vietnam hofft, einen Teil seiner Schulden gegenüber dem COMICON-Ländern eines Tages mit Öllieferungen begleichen zu können.

3. Regionalpolitik

a) Zwei "neue" vietnamesische Vorschläge zur Regionalpolitik: von der ZOPFAN über die ZOGIPAN zur ZON; der "7-Punkte-Plan" löst die alten "4 Punkte" ab

Am 14. September gab Außenminister Nguyen Co Thach bekannt, Vietnam unterstütze den ASEAN-Vorschlag der Errichtung einer "neutralen Zone" in Südostasien und befürworte die auf der ASEAN-Konferenz im November 1971 in Kuala Lumpur verkündete ZOPFAN-Deklaration als eine "solide Basis für die Verhandlungen" über die Kambodscha-Frage. Vietnam werde einer Verhandlungslösung zustimmen, wenn die "Verhandlungen nur zwi-

schen südostasiatischen Ländern geführt" würden.

China sprach in diesem Zusammenhang von einem "gerissenen Schachzug" Thachs. Die jüngste Geste Hanois sei "eindeutig ein Ergebnis der kürzlich erfolgten Pilgerfahrten vietnamesischer und laotischer Führer und der Marionetten von Phnom Penh nach Moskau. Vietnam verfolge mit der neuen Geste drei Zwecke: Erstens wolle Hanoi mit dem Köder einer "neutralen Zone" seinen Plan verwirklichen, Regionalgespräche durchzuführen und dadurch die Beschlüsse der Internationalen Kambodscha-Konferenz in Vergessenheit geraten zu lassen. Zweitens ziele Hanoi darauf ab, die weltweite Forderung nach einem völligen Rückzug ausländischer Truppen aus Kambodscha durch die Forderung nach "Rückzug aller ausländischen Truppen aus Südostasien" zu ersetzen. Drittens möchten die Vietnamesen Beijing zum Mitschuldigen machen, indem sie forderten, daß alle direkten oder indirekten Einmischungen und Drohungen ausländischer Mächte in der Region einzustellen seien (XNA, 17.9.81). Außerdem entstelle Nguyen Co Thach die Deklaration von 1971. In Kuala Lumpur hatten die fünf ASEAN-Staaten im November 1971 ihre Entschlossenheit bekundet, eine "Zone of Peace and Neutrality in South East Asia" (ZOPFAN) zu gründen. Vietnam hat diesen Plan nie unterstützt, sondern statt dessen eine "Zone of Genuine Independent Peace and Neutrality" (ZOGIPAN) vorgeschlagen, war damit aber bei den ASEAN-Staaten, vor allem bei Singapur, auf scharfe Ablehnung gestoßen: Bedeute die Forderung nach "wirklicher Unabhängigkeit", daß sich die ASEAN-Länder z.Zt. in Abhängigkeit befänden? Und von wem? Wer schließlich bürgte für die "wirkliche" Unabhängigkeit?

Vietnam hatte seine ZOGIPAN-Formel daraufhin fallen gelassen. Die neue Formel heißt nicht mehr ZOPFAN oder ZOGIPAN, sondern ZON ("Zone of Neutrality").

China meint, daß die Erklärung von Kuala Lumpur auf wirkliche Einmischungsfreiheit hinauslaufe, während Vietnams "Neutralitätszone" letztlich eine Einbeziehung der Sowjetunion zum Ziel habe.

Drahtzieher hinter dem neuen Manöver sei wieder einmal die Sowjetunion (RMRB, 17.9.81).

Vietnam hat auch bei der 36. UNO-Vollversammlung nicht locker gelassen, seinen Plan einer Kambodscha-Lösung im Regionalrahmen zu propagieren, und bediente sich hierbei des laotischen Außenministers, der am 28. September einen 7-Punkte-Plan vorschlug.

- Es sollten die fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz für die Beziehungen zwischen den beiden Ländergruppen in Südostasien, nämlich Indochina und ASEAN, maßgeblich sein.

- Alle Streitigkeiten zwischen ihnen seien durch Verhandlungen zu lösen und zwar im südostasiatischen Rahmen.

- Beide Ländergruppierungen sollten ihre Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem, technischem, wissenschaftlichem, kulturellem, sportlichem und touristischem Feld ausbauen, und zwar im Geiste der guten Nachbarschaft. Vor allem solle das Mekong-Projekt fortgeführt werden.

- Durch friedliche Verhandlung zu lösen seien auch alle Grenzstreitigkeiten auf dem Land, aber auch im Meeresbereich und nicht zuletzt in den Fragen der maritimen Wirtschaftszonen und des Kontinentalschelfs. Auch vom Meer abgeschlossene Länder (hiermit ist Laos gemeint) sollten Zugang dorthin erhalten.

- Länder außerhalb der Region sollten die Unabhängigkeit und Souveränität der südostasiatischen Staaten respektieren und sich jeden Drucks und jeglicher Drohung enthalten. Die Länder in der Region sollten auswärtigen Mächten keine Basen überlassen.

- Um die obigen fünf Punkte in die Praxis umzusetzen, solle eine Ständige Organisation eingerichtet werden, die zwischen beiden Ländergruppen den Dialog aufrechterhält. Birma sei eingeladen, an diesen Konsultationen teilzunehmen. Die Organisation solle von beiden Ländergruppierungen paritätisch besetzt werden.

- Die oben erwähnten Prinzipien sollten als Grundlage für die Diskussion von Verträgen und Abkommen zwischen beiden Ländergruppen dienen (VNA in SWB, 1.10.81).

Radio Hanoi bezeichnet diesen 7-Punkte-Vorschlag als logische Fortsetzung von Vorschlägen, wie sie von den drei indochinesischen Staaten bereits mehrere Male unterbreitet worden seien. Die ASEAN-Länder sollten sich doch möglichst schnell auf ihre südostasiatische Identität besinnen und nicht vergessen, von wem eigentlich die Untergrundbewegungen in ihrem Lande gelenkt würden. Könne man einen Staat in Lösungsverhandlungen einbeziehen, der jahrzehntelang subversiv tätig gewesen sei? (R.Hanoi in SWB, 10.10.81)

Die 7 Punkte Nguyen Co Thachs lösen den alten 4-Punkte-Vorschlag des früheren Außenministers Nguyen Duy Trinh ab, die dieser 1976 unterbreitet hatte, nämlich

- fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz (wie oben 1);

- keine Basen für auswärtige Mächte in der Region (wie Punkt 5);

- Beziehungen guter Nachbarschaft und Austausch zum gegenseitigen Vorteil; Lösung von Streitigkeiten auf dem Verhandlungswege (wie Punkte 2 und 3);

- Zusammenarbeit mit dem Ziel, daß jedes Land seinen nationalen Aufbau im Interesse "der wahren Unabhängigkeit, des Friedens und der Neutralität in Südostasien" entwickelt (dies ist die ZOGIPAN-Formel, die dem oben zitierten neuen 7-Punkte-Plan als ideologische Fundamentierung zugrunde liegt).

Neu an dem 7-Punkte-Vorschlag sind drei Einzelheiten, nämlich der Hinweis auf Grenzstreitigkeiten, vor allem im maritimen Bereich, ferner der Vorschlag, Verhandlungen zwischen den "beiden" südostasiatischen Ländergruppen zu führen, vor allem aber die Anregung, ein ständiges gemeinsames Organ zu etablieren. Ob es dazu kommt, hängt in erster Linie davon ab, wieweit Vietnam darauf dringt, daß auch die VRK dort mitvertreten ist.

Es liegen also nunmehr zwei vietnamesische Vorschläge auf dem Tisch, nämlich die ZON und der 7-Punkte-Vorschlag. Beide gleichen sich darin, daß südostasiatische Lösungen, vor allem die Kambodscha-Frage, nur im regionalen Rahmen diskutiert werden sollen, und beiden ist wohl auch gemeinsam, daß Vietnam auf absehbare Zeit gar nicht daran denkt, sich von seiner Bindung an die Sowjetunion zu lösen, so daß jede Form von "Neutralität" letztlich höchst sowjetisch eingefärbt wäre.

b) Fortdauernde Spannungen zu Thailand

Vietnam und Thailand beschuldigen sich nach wie vor wechselseitiger Übergriffe. Am 30. August hatte die Bangkok Post unter Berufung auf eine thailändische Regierungsquelle gemeldet, daß ein von Vietnamesen ausgebildetes Guerillabataillon nach Thailand entsandt worden sei, um sich thailändischen kommunistischen Rebellen im Nordosten des Landes anzuschließen. Ferner hätten vietnamesische Truppen thailändische Aufklärungsflugzeuge beschossen. Radio Hanoi dementierte diese Behauptung und schob den Schwarzen Peter der Regierung in Bangkok zu, die nichts unterlasse, um den "Überbleibseln des Pol-Pot-Regimes und anderer reaktionärer Khmer-Gruppen" logistische Unterstützung zu leisten und ihnen gleichzeitig Zufluchtsmöglichkeiten auf thailändisches Gebiet zu eröffnen, wobei Bangkok sich in den Dienst der expansionistischen Pläne Beijings und der aggressiven Politik Washingtons stelle. In einem Interview mit AFP wies Nguyen Co Thach auf die aggressive Politik Thailands schon in der Vergangenheit hin. Vietnam habe niemals Thailand angegriffen, habe aber seinerseits nicht weniger als drei thailändische Invasionen erleiden müssen. Selbst in jüngster Zeit noch habe Thailand sich geweigert, einen Nichtangriffspakt mit Vietnam abzuschließen. Wenn Bangkok die Vietnamesen als Expansionisten bezeichne, die es gar noch auf 16 Nordostprovinzen Thailands abgesehen hätten, so sei dies eine "Haltet den Dieb"-Ablenkungstaktik (SWB, 22.9.81).

Radio Phnom Penh (SWB, 14.10.81) kritisiert die Aussage des früheren Außenministers Thanat Khoman, daß Thailand heute durch zwei Tiger bedroht sei, nämlich den Tiger im Dschungel - China - und den Tiger auf der Haustreppe - Vietnam. Eine solche Aussage macht übrigens schlagartig deutlich, wie wenig gesamtnationalen Konsens es heute noch in Grundfragen der thailändischen Außenpolitik gibt. Tragendes Prinzip der verschiedenen, bisher in Thailand einander ablösenden Eliten war ein durchgehender Antikommunismus, der

allerdings seit 1979 einer merkwürdigen Doppelbödigkeit Platz machte: Während sich die Haltung gegenüber dem kommunistischen Nachbarstaat Vietnam zunehmend verschlechterte, erfuhr das Verhältnis zum ebenfalls kommunistischen China eine erstaunliche Verbesserung. Wie sich heute zeigt, macht nur ein Teil der thailändischen Elite diese als einäugig erscheinende Politik mit. Die "Zwei Tiger"-Parabel Thanat Khomans drückt die Zweifel der Gegner am heutigen Regierungskurs aus.

c) Auseinandersetzungen vor der UNO

Am 2. und 3. November fand im Rahmen der 36. UN-Vollversammlung eine eininhalbtägige Debatte über "Fragen des Friedens, der Stabilität und der Zusammenarbeit in Südostasien" statt, die von Vietnam vorgeschlagen worden war. Vor allem China, Thailand und die USA traten gegen Vietnam auf und bezeichneten die Besetzung Kambodschas durch Vietnam als Grundursache für die gegenwärtigen Spannungen in der Region. Die Debatte schloß ohne Resolution. Sie fand auch keinen besonderen Widerhall, wie die Anwesenheit von nur rund einem Drittel der UNO-Mitglieder zeigte (Berichte in XNA, 3., 4. und 5.11.81).

Einen immer wertvolleren Fürsprecher findet Vietnam neuerdings in Indien. Indira Ghandi hatte in einem FEER-Interview hervorgehoben, daß in Kambodscha eine thailändische Intervention stattdessen und daß das Kambodscha-Problem von China - nicht etwa von der Sowjetunion - verursacht worden sei. Indischen Delegationen wird in Vietnam größte Aufmerksamkeit zuteil. U.a. besuchte eine indische Militärdelegation Anfang Oktober die SRV (VNA in SWB, 1. und 2.10.81).

4. Weitere Außenpolitik

a) Sechs Länder blockieren Hilfe für Vietnam

Im Ausschuß für Nahrungsmittelhilfe des UNO-Welternährungsprogramms (WFP) ist erneut ein Hilfsprojekt für Vietnam abgelehnt worden. Es handelt sich dabei um ein Bewässerungsprojekt, das mit einem Kostenaufwand in Höhe von 5,3 Mio. \$ (davon rund 4 Mio. in Nahrungsmitteln) in der Südwestprovinz Tay Ninh unter Einsatz von 12.000 Arbeitskräften innerhalb einer Periode von zwei Jahren aufgezogen werden sollte. Dasselbe Projekt war in größerem Umfang bereits im Frühjahr 1980 abgelehnt worden.

Washington, der Hauptbeitragsgeber des WFP, lehnte das neue Projekt - wie schon 1980 - abermals ab. Ihm schlossen sich fünf Länder an, nämlich die Bundesrepublik, Kanada, Japan, Großbritannien und Thailand. Zugunsten des Projekts machten sich auf der anderen Seite Frankreich, Schweden, die Niederlande, Dänemark, Indien, Ungarn, Algerien, Lesotho, Angola und Kuba stark. Die anderen 13 im Ausschuß vertretenen Länder bezogen keine Standpunkte.

Sechs Länder der "Ablehnungsfront" brachten für ihre Haltung technische Argumente vor. Politisch argumentierte nur der thailändische Delegierte,

indem er der Meinung Ausdruck gab, Nahrungsmittelhilfe müsse zur Ernährung des Volkes und nicht des Heeres dienen. Die 13 Länder, die sich der Stimme enthielten und die zum größten Teil der "Gruppe der 77" angehören, hielten es offensichtlich für nicht opportun, sich durch ein provietnamesisches Abstimmungsverhalten mit der VR China in Konflikt zu bringen.

Die Nahrungsmittelhilfe des WFP an Vietnam betrug im Zeitraum April 1975 bis Ende Juni 1981 rund 184 Mio. US\$. Davon entfielen 52 Mio. auf 16 Fälle von Notstandshilfe und 132 Mio. auf Entwicklungsprojekte. Ein Projekt läuft noch bis Frühjahr 1982 (NZZ, 4.11.81).

Auch Japan hält sich nach wie vor an seine nach dem Einmarsch Vietnams in Kambodscha verkündete Politik, keine Entwicklungshilfeleistungen an Vietnam auszus zahlen. Damals bereits zugesagte Entwicklungsgelder werden von einem Haushaltsplan zum anderen weitergeschoben, ohne allerdings ganz gestrichen zu werden. Noch bei seiner Südostasienreise im Januar 1981 hatte Premierminister Suzuki Japans Hilfe für einen Wiederaufbau Indochinas angeboten - eine Offerte, die zunächst die Bezeichnung "Suzuki-Doktrin" erhielt, ohne daß sie diesen Namen allerdings verdient hätte; denn nach wie vor bleiben die im Januar 1979 eingefrorenen 14 Mrd. Yen unbewegt auf dem japanischen Konto.

Nguyen Co Thach bedauert diese Entwicklung. Einige Länder hätten die vietnamesische "Hilfe" an Kambodscha als Vorwand für die Zurückziehung ihrer schon versprochenen Hilfsleistungen benutzt. Rühmend zu erwähnen seien allerdings einige Länder, die nach wie vor Hilfe gewährten, nämlich Schweden und Finnland sowie Frankreich. Andere Länder stellten sich gegen Vietnam und verhinderten sogar die Hilfe durch internationale Organisationen, wie z.B. die UNO (SWB, 22.9.81).

b) Verhältnis zu den USA

Die drei wichtigsten Ziele der USA in Südostasien bestehen heute darin, erstens die ASEAN zu stabilisieren, zweitens in Zusammenarbeit mit den ASEAN-Staaten die - als solche unterstellten - aggressiven Ambitionen Vietnams zu zügeln und drittens das Vordringen der Sowjetunion in die asiatische Region zu bremsen.

Alle diese drei Ziele lassen sich Seite an Seite mit der VR China anstreben, wieweil die Motive beider Mächte verschieden sein mögen: Den Amerikanern geht es um die Erhaltung der Regionalbalance in Asien und darüber hinaus um den Schutz wichtiger Handelspartner. Immerhin erreichte der US-Handel mit den ASEAN-Staaten i.J. 1980 die Summe von 21 Mrd. US\$, womit der ASEAN-Block als ganzer zum sechstgrößten Handelspartner der USA avancierte. Die amerikanischen Investitionen in den fünf ASEAN-Staaten liegen bei 4,5 Mrd. US\$. Mit jedem der ASEAN-Staaten bestehen überdies Beziehungen militärischer Art. Nicht zuletzt aber sorgt ein un-gemein aktiver "US-ASEAN Business Council" dafür, daß die Entscheidungsträger in Washington die ASEAN-Staaten auch nicht eine Se-

kunde lang aus dem Auge verlieren. Diese Geschäftsinteressen sind inzwischen so intensiv, daß darüber selbst die Traumata aus dem 2. Indochinakrieg und alle daraus resultierenden isolationistischen Vorsätze langsam in Vergessenheit geraten. Nicht zuletzt aber haben die Vietnam-Veteranen, die gerade im Anschluß an die Freigabe der Iran-Geiseln wieder besonders aktiv geworden sind, die amerikanische Öffentlichkeit erneut für die Indochina-Frage sensibilisiert und der Regierung den Rücken für eine entschlossener Indochina-Politik gestärkt.

Die Erfahrungen aus dem Vietnam-Krieg haben die Amerikaner freilich gelehrt, in Südostasien künftig zurückhaltender aufzutreten. Deshalb bedient man sich der ASEAN als Vermittler und schaut den Entwicklungen in Indochina vorerst passiv zu, zumal man sicher ist, daß sich die Sowjetunion hier auf ein kostspieliges und kräftezehrendes Abenteuer eingelassen hat, das nicht nur an den knappen sowjetischen Ressourcen zehrt, sondern das die Sowjetunion überdies den letzten guten Ruf und - in Asien besonders wichtig - auf die Dauer wohl auch "Gesicht" kostet.

Die USA werden also - klug geworden durch eigene frühere Fehlschläge ähnlicher Art und nicht ohne Schadenfreude - den weiteren sowjetischen Aktionen in Südostasien ruhig zusehen, solange nicht jene Toleranzschwelle überschritten wird, die aus Washingtoner Sicht in drei Fälle gegeben wäre, nämlich bei einer unmittelbaren Bedrohung Thailands durch Vietnam, die aus amerikanischer Sicht als "sowjetisches Abenteuerum" interpretiert würde, ferner bei Auslösung einer neuen Flüchtlingswelle und schließlich im Falle einer dramatischen Schwächung des Konsenses zwischen den ASEAN-Staaten durch vietnamesische Spaltungsmanöver, die am Ende ebenfalls den Sowjets in die Schuhe geschoben würden.

Die vietnamesische Führung weiß, daß sie den Einfluß auf die amerikanische Öffentlichkeit, der ja während des 2. Indochinakriegs noch so beträchtlich gewesen war, heute verloren hat. Die Propaganda läßt sich allerdings dadurch nicht entmutigen, sondern fährt in der systematischen Kritik an der US-Politik fort. U.a. wurde die Rede Reagans vom 18. November scharf kritisiert (Radio Hanoi in SWB, 25.11.81). Vor allem wird auf die amerikanischen Drohungen gegen Kuba, Nicaragua und Grenada in Zentralamerika, ferner auf die Drohungen in der Karibik und im Mittelosten hingewiesen (VNA in SWB, 23.11.81). Nach CIA-Angaben soll Vietnam inzwischen nach Nicaragua Waffen liefern. Bei den Guerilleros in El Salvador seien Granatwerfer und Gewehre amerikanischer Bauart beschlagnahmt worden, deren Seriennummern ergeben, daß sie beim Fall Südvietnams i.J. 1975 erbeutet wurden. Vietnam hatte damals Waffen im Werte von rund 3 Mrd. \$ übernehmen können, darunter Flugzeuge des Typs F-5 und A-37 sowie zahlreiche Hubschrauber. Angeblich hat Hanoi sich verpflichtet, solches Fluggerät an Nicaragua zu liefern (AFP-Meldung in FAZ, 6.11.81).

Die Verbindungen zwischen Vietnam und Nicaragua sind seit dem Besuch einer zentralamerikanischen Delegation Mitte 1981 enger geworden. Man fühlt sich hier in einer gemeinsamen Anti-US-Front. Radio Hanoi beklagt sich darüber, daß die USA nicht nur Nahrungs- und Projekthilfe im Rahmen des WFP an Vietnam, sondern auch an Nicaragua verhindert hätten (SWB, 13.11.81). Auch äußert man den Verdacht, daß die USA ihre Auseinandersetzungen mit der UdSSR auf Schlachtfelder außerhalb der USA begrenzen wollten. Länder der Dritten Welt erschienen dafür als geeigneter Schauplatz. Nicht zuletzt aus diesem Grund auch übt Hanoi scharfe Kritik an der amerikanischen Entscheidung zum Bau der Neutronenbombe und zur atomaren Aufrüstung (Radio Hanoi in SWB, 9.10.81).

Seit Außenminister Haig seinen Bericht über vietnamesische Giftgaseinsätze in Kambodscha und Laos veröffentlicht hat, sind die vietnamesischen Medien voll von Berichten über die schädlichen Auswirkungen des amerikanischen Chemiekriegs während der sechziger und siebziger Jahre auf die Ökologie Vietnams (Berichte in VNA nach SWB, 7., 9. und 29.10.81).

c) Vietnam und der Mittlere Osten

Die Ermordung Präsident Sadats wurde von Radio Hanoi als "öffentliche Exekution eines Kriminellen" und als "Bestrafung eines Mannes" bezeichnet, der die "Politik der Kapitulation vor Israel symbolisiert" (SWB, 12.10.81).

Mitte Oktober besuchte der Chef der "Palästinensischen Befreiungsorganisation" (PLO), Arafat, auf einer Reise, die ihn u.a. über China und Japan geführt hatte, auch Vietnam und wurde dort von der gesamten Führungsspitze empfangen, u.a. von Le Duan, Ministerpräsident Pham Van Dong und Verteidigungsminister Van Tien Dung (Radio Hanoi in SWB, 17.10.81). Ob die PLO von Vietnam - genauso wie von China - Waffen bekommen wird, ist eine Frage, die in der Öffentlichkeit nicht beantwortet wurde.

d) Vietnam und die Bundesrepublik Deutschland: Teilnahme an der Frankfurter Buchmesse

Zum erstenmal nahm die SRV 1981 an der Frankfurter Buchmesse teil. XUNHASABA, die staatliche Korporation für den Vertrieb, Export und Import von Büchern und Zeitungen, stellte eine Bücherauswahl in vietnamesischer und in westlichen Sprachen vor, die einen Überblick über die Entwicklung des Verlagswesens in Vietnam vermitteln sollte. In einem Bulletin heißt es, daß sich die Buchproduktion von 1939 bis 1964 verzwanzigtfacht habe. 1955 wurden 7 Mio. Bücher in Nordvietnam gedruckt, 1978 bereits 90,3 Mio. Exemplare (2.734 Titel).

Im Vietnam-Bulletin (Sondernummer 1981/4 der vietnamesischen Botschaft in Bonn) finden sich auch Zahlen über Presse, Rundfunk und Fernsehen in Vietnam. Die Zahl der Zeitschriften und Tageszeitungen sei von 10 i.J. 1939 auf 64 i.J. 1965 und auf

über 200 i.J. 1981 gestiegen. In Hanoi und in Ho-Chi-Minh-Stadt (Saigon) erscheinen jeweils drei Tageszeitungen. Wochenzeitungen sind meistens identisch mit den Organen der verschiedenen Massenorganisationen, z.B. der Vaterländischen Front, der Demokratischen Partei, des Gewerkschaftsbundes, der Frauenunion, der Jugend, der Pioniere, der Katholiken, der Studenten usw.

Einen vietnamesischen Rundfunk gebe es bereits seit September 1945. In den Jahren 1946 bis 1954 war der Funk in den Dschungel von Viet Bac evakuiert worden. Am 18. Dezember 1972 wurde die Sendeanstalt durch B-52-Teppiche zerstört. Seit der Wiedervereinigung des Landes sendet die "Stimme Vietnams" aus Hanoi und Ho-Chi-Minh-Stadt auf vier Kanälen - auf den Kanälen 2, 3 und 4 sogar in Fremdsprachen (Russisch, Englisch, Französisch, Chinesisch, Japanisch, Thai, Indonesisch, Spanisch, Laotisch und Kambodschanisch). Darüber hinaus gibt es 39 Sendezentralen in den Städten und Provinzen und 500 in den verschiedenen Distrikten des Landes.

Fernsehen gibt es seit dem 7. September 1970.

An Bibliotheken besitzt Vietnam heute eine Nationalbibliothek und - überregional - zwei weitere Bibliotheken für Wissenschaft und Technik sowie für Gesellschaftswissenschaften. Jede Provinzhauptstadt besitzt ferner eine Provinzbibliothek.

5. Innenpolitik

a) Verschiebung des V. Parteitag

Vom 9. Oktober bis 3. November 1981 hielt das ZK der KPV seine 10. Plenartagung ab, in deren Verlauf der Entwurf eines Politischen Berichts und der Entwurf eines Berichts über die Parteaufbauarbeit erörtert wurde. Beides sind Grunddokumente, die dem V. Parteikongreß unterbreitet werden sollen. Um die Diskussion beider Entwürfe an der Basis zu ermöglichen, wird der Kongreß auf März 1982 verschoben (Radio Hanoi in SWB, 5.11.81).

Noch bei der 9. Plenarsitzung des ZK war beschlossen worden, den V. Parteitag Ende 1981 abzuhalten. Der Parteitag sollte ein neues ZK wählen, die Frage des Parteaufbaus erläutern und außerdem den 3. Fünfjahresplan (1981-1985) beraten.

Möglicherweise war es beim 10. Plenum zu harten Auseinandersetzungen gekommen. Immerhin dauerte es nicht weniger als 26 Tage! Offensichtlich stehen diesmal genauso Grundfragen zur Disposition wie seinerzeit im Dezember-Plenum 1978 in der VR China. Auch dort hatte eine nur für wenige Tage anberaumte "Arbeitskonferenz" schließlich fast vier Wochen gedauert. Am Ende kam jenes Neue Testament heraus, das seit Anfang 1979 zur Grundlage der nachmaoistischen Reformen wurde. Die Parteibuch-Aktion, die Ausrichtung des neuen Fünfjahresplans, die Fortführung der bisherigen chinafeindlichen und gleichzeitig sowjetfreundlichen Politik, die zur Isolierung Vietnams geführt hat, die Politik im Süden des Landes, die Fra-

ge der Liberalisierung der Wirtschaft - kurzum, ein ganzes Bündel von Grundsatzentscheidungen sind zu treffen. Vermutlich ist man sich auf dem Kongreß nicht in all diesen Fragen einig gewesen: Auch in Vietnam beginnt der nationale Konsens, der vor allem während des 2. Indochinakriegs so selbstverständlich zu sein schien, langsam einer Vielfalt von Meinungen zu weichen. Möglicherweise findet das jetzige Plenum noch eine Fortsetzung. Sollte diese Vermutung zutreffen, so erwiese sich die andere Begründung, daß nämlich die Basis noch Zeit zur Diskussion der beiden Grundentwürfe haben soll, als bloßer Vorwand.

Beim IV. Parteikongreß im Dezember 1976 war es Le Duan und dem Chef der Parteiorganisationsabteilung, Le Duc Tho, gelungen, ein Drittel der Mitglieder auszutauschen und das ZK zugleich zu erweitern. Bei den "Neuen" handelte es sich um Le Duan-Anhänger. Viele der später entlassenen ZK-Mitglieder, wie Nguyen Van Vinh, Hoang Minh Chinh und Le Toan Thu, waren solche Persönlichkeiten, die damals am Kurs der Partei, vor allem am Tempo der schnellen Wiedervereinigung, Kritik geübt hatten.

Die Tendenz, Le-Duan-Anhängern eine Chance zu geben, dürfte auch diesmal anhalten. Über den Wirtschaftsplan andererseits gilt es gründlich zu beraten, um zu verhindern, daß am Ende Zielvorgaben und Ergebnisse nicht wieder so weit auseinanderklaffen wie beim 2. Fünfjahresplan.

b) Verbesserung der Basis- verwaltung in Dörfern und Stadtbezirken

Mitte Oktober gab der Ministerrat eine Verordnung über Stellung, Aufgaben und Organisation der Dorfverwaltungen heraus.

Seiner allgemeinen Stellung nach ist das Dorf die unterste Verwaltungseinheit des Staates in den ländlichen Gebieten. Zu dieser Staatsverwaltung auf Dorfebene gehören zwei Organe, nämlich der Dorf-Volksrat und der Dorf-Volksausschuß, deren Mitglieder gewählt werden.

Die Dorfverwaltung hat die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß Verfassung und Gesetze eingehalten und in die Tat umgesetzt werden. Der Dorf-Volksrat beaufsichtigt die Ausführung aller Aufgaben, die dem Dorf-Volksausschuß und Sonderausschüssen des Dorfes überwiesen sind. Der Dorf-Volksausschuß und die Sonderausschüsse müssen sorgfältig alle Fragen beantworten, die ihnen von Mitgliedern des Dorf-Volksrates gestellt werden.

Die Mitglieder des Dorf-Volksrates sollen vorbildhaft handeln und dadurch die Dörfler motivieren, Parteidirektiven, Staatsgesetze, Instruktionen übergeordneter Verwaltungseinheiten und Resolutionen des Dorf-Volksrates sorgfältig einzuhalten.

Der Dorf-Volksrat arbeitet nach dem Konferenzsystem und tritt jedes Vierteljahr einmal zusammen, kann aber auch außerordentliche Sitzungen abhalten. Er entscheidet über Maßnah-

men, die die Ausführung der Verwaltung und der Gesetze dienen und über wichtige Aufgaben, die sich auf den Dorf-Wirtschaftsplan und den Dorf-Haushalt sowie auf das Alltagsleben der Dörfler beziehen. Dorf-Volksratsbeschlüsse werden mit Stimmenmehrheit verabschiedet.

Der Dorf-Volksausschuß ist das Ausführungsorgan des Dorf-Volksrates und zugleich auch der Staatsverwaltung auf Dorfebene. Der Dorf-Volksausschuß unterliegt einer doppelten Verantwortung, nämlich gegenüber dem Dorf-Volksrat einerseits und der übergeordneten Verwaltungsagentur andererseits.

Der Dorf-Volksausschuß handelt nach dem Prinzip der Kollektivführung und der Arbeitsteilung (Text in Radio Hanoi, SWB, 21.10.81).

In einem Leitartikel vom 31. Oktober fordert die Parteizeitung "Nhan Dan" eine Verstärkung der Dorfverwaltung (SWB, 11.11.81).

Ebenfalls Mitte Oktober erließ das ZK-Sekretariat eine Direktive über die Stärkung der Parteiführung auf den verschiedenen Ebenen gegenüber dem Vietnamesischen Bauernverband, einer Massenorganisation, die auf sämtlichen Ebenen (Zentrale, Provinz, Distrikt) jeweils Verbandsräte unterhält (Radio Hanoi in SWB, 21.10.81).

Hand in Hand mit den Verwaltungsstrukturen ist auch das Kadernsystem auf den Dörfern zu verbessern. Mit diesem Ziel vor Augen wurde ein Beschluß des Ministerrats (Nr. 111-HDBT) vom 13. Oktober über die "Besoldung" von Verwaltungs- und Parteikadern auf Dorf- und Stadtdistriktebene gefaßt. Dorfkader sollen eine Monatsgetreideration in der Höhe erhalten, wie sie in Beschluß Nr. 400-CP des Ministerrats festgelegt ist (hierzu finden sich keine Angaben). Dörfer entlang der chinesisch-vietnamesischen Grenze und auf vorgelagerten Inseln sollen monatlich 150 kg Getreide in Reserve für solche Dorfkader halten, die wegen ihrer administrativen Belastung nicht an der Feldarbeit teilnehmen können.

In Dörfern, wo noch keine Genossenschaften bestehen, sollen Kader, falls Zuteilungsprobleme auftreten, sich an die zuständige Kreisverwaltung wenden.

Jeder im Gesundheitswesen arbeitende Dorfkader ist berechtigt, monatlich 13 kg zum vorgeschriebenen Preis aus jenem Getreidevorrat zu kaufen, der als Landwirtschaftssteuer gesammelt wurde und im Dorf verblieben ist. Auch Stadtdistriktskader sind berechtigt, die gleiche Menge an Getreide, Lebensmitteln und industriellen Produkten zu kaufen, wie Staatskader und -arbeiter. Dorfkader sind, genauso wie Staatskader, zum Kauf bestimmter Industrieprodukte (wie z.B. Fahrräder, Ersatzteile, Kleidung, Zucker und Seife) berechtigt. Desgleichen sind sie befugt, genauso wie Staatskader, Auszeichnungen, medizinische Fürsorge und Hilfe bei Schwangerschaft sowie Nothilfe zu verlangen.

Lebensmittel für Dorfsekretäre und

ParteiSekretäre in Stadtdistrikten sowie Dorfbürgermeister und Stadtbezirksausschußmitglieder erhalten ihre Besoldung aus dem Haushalt von Provinzen, Städten und Sonderzonen, die direkt der Zentralregierung unterstehen. Für die Besoldung der stellvertretenden Dorf-Volksausschüsse, die zugleich dem Sicherheitsdienst des Dorfes vorstehen, sowie Dorf-Volksausschußsekretäre und Militärausschußmitglieder werden direkt aus den Dorfhaushalten besoldet. Reichen die dortigen Mittel nicht aus, so springt dafür der Kreis, die Provinz oder die Zentrale ein. Das Finanzministerium hat dafür zu sorgen, daß in den Dorfkassen stets genügend Auszahlungsmasse vorhanden ist. Die neue Bestimmung gilt vom Oktober 1981 an (Nhan Dan in SWB, 16.11.81).

Anfang Oktober erging auch eine Verordnung des Ministerrats über Stellung, Aufgaben und Organisation der Verwaltung von Stadtbezirken. Der Stadtbezirk ist danach eine städtische Grundverwaltungseinheit, die sich über ein Stadtareal mit einer Bevölkerung von jeweils 7.000 bis 10.000 Einwohnern erstreckt. Aufgabe der Distriktverwaltung ist es, als unterste Einheit der Staatsverwaltung zu dienen und zugleich Sozialaufgaben zu übernehmen. Das Organ des Bezirks ist der "Bezirks-Volksausschuß". Unter ihm stehen Straßeneinwohnerzellen (die im allgemeinen jeweils eine Straße umfassen), ferner "Arbeitsgruppen" und "Sonderunterausschüsse", die jeweils als Selbstverwaltungsorganisationen fungieren.

Für Ho-Chi-Minh-Stadt kommen noch Sonderbestimmungen hinzu, die zunächst nur für eine Versuchsperiode gelten und am 20. März 1981 erlassen worden sind (Radio Hanoi in SWB, 8.10.81).

In Vietnam gilt ja, ähnlich wie in China, das "Einheits"-Prinzip. Im Zentrum steht also nicht so sehr die Familie, sondern die soziale Einheit, die auf den Dörfern ganz natürlich mit der dortigen Einwohnerschaft zusammenfällt, die aber in den Städten sich im allgemeinen nach Straßenzügen bestimmt und Gemeinschaften umfaßt, die einander von ihrem Alltagsleben her kennen und daher gegenseitig auch Sozialkontrolle üben. Diese schon in der Tradition vorhandenen Strukturen sollen jetzt für bessere Verwaltungs- (spr. Sicherheits-)Belange neubelebt werden.

Die meisten Schwierigkeiten scheint hierbei Ho-Chi-Minh-Stadt zu machen, wo es sich offensichtlich als schwierig erweist, das "neue System der Organisation nach Bezirken" durchzusetzen (Radio Hanoi in SWB, 17.10.81). Überhaupt scheint sich das ehemalige Saigon als ein kaum zu verwaltendes Gebilde zu erweisen. Ein Nhan-Dan-Bericht läßt die Schwierigkeiten erahnen. Als die Stadt 1975 "befreit" wurde, hätten dort 500.000 Menschen gelebt, die einst in der "Lakaienarmee und -administration" tätig waren, die "reaktionären Parteien" angehört und als "Spione des Feindes" gearbeitet hätten, ferner 300.000 Herumtreiber, 100.000 Prostituierte, 100.000 Drogen-süchtige, 200.000 Waisen und Zehntausende von anderen Opfern des

früheren Regimes. Zu Beginn der sozialistischen Transformationsphase habe man daher ein "ziemlich großes Kontingent von Kadern" zum Zwecke der Kontrolle über die Stadt abstellen müssen. In der Zwischenzeit sei es gelungen, das System der "Diktatur des Proletariats" über die Stadt auszuspannen. Der Stadt-Parteiausschuß habe Sicherheitsmaßnahmen getroffen. In den vergangenen Jahren hätten die Einwohner Zehntausende von "konterrevolutionären Aktivitäten" den zuständigen Behörden angezeigt. Trotzdem sei die Sicherheitslage noch schlimm genug. Die Frauenunion der Stadt müsse mit dem Problem der Umerziehung früherer Prostituierten fertig werden und entledige sich dieser Aufgabe in sog. "Schulen zur Wiederherstellung der menschlichen Würde". Ungefähr 60% der 14.000 Prostituierten seien inzwischen in Schulen, Produktionseinheiten und Lager für Berufsausbildung entsandt worden. Die Ho-Chi-Minh-KJL sei zuständig für Teenager und herumstreunende Jugendliche. Die Stadtbehörden hätten 31.334 professionelle Kriminelle in Rehabilitationszentren eingewiesen.

Als besonders nützlich habe sich der Ausbau von "Sicherheitsarealen" erwiesen, die zunächst auf Experimentierbasis errichtet worden seien. Inzwischen werden diese "Sicherheitsareale" im gesamten Stadtgebiet hergestellt (Nhan Dan in SWB, 23.11.81). Immer noch aber sind Tausende von Coffeeshops und Hunderte von Schwarzhändlern, die "dekadente Bücher" und "blaue Filme" verkaufen, ein Problem, das die Behörden offensichtlich noch lange nicht in den Griff bekommen haben.

c) Berichte aus vietnamesischen Umerziehungslagern

Auch sechs Jahre nach dem Sieg über Südvietnam sind, wenn man Flüchtlingsberichten Glauben schenken darf, die Umerziehungslager immer noch gefüllt. Zwischen 20.000 und 200.000 Angehörige des Ancien Régime, vor allem frühere Offiziere und hohe Beamte Südvietnams, gehören zu den Hauptinsassen. Gespräche im Flüchtlingslager Singapur enthüllen, daß niemand weiß, wie lange er abzusitzen hat. Vor allem ist kein Gerichtsurteil für die Einweisung nötig, wie schon Amnesty International in einem Notenwechsel mit der Regierung in Hanoi beklagt hat. Der frühere General Le Van Dap hat mehr als sechs Jahre in verschiedenen Camps verbracht, den größten Teil im Umerziehungslager "A-30" in der Provinz Phu Khanh, rund 400 km nördlich von Ho-Chi-Minh-Stadt. Für mehr als 2.000 Offiziere und Beamte gab es einen einzigen Arzt, der Beri-Beri-, Leber-, Arthritis- und Malariakranke aber nur mit "natürlicher Medizin" wie Kräutern und Blättern behandeln konnte. Schwerkranke konnten von ihren Verwandten heimgeholt werden. Die Gesunden arbeiteten im Dschungel, fällten Bäume und legten Gemüsegärten an, deren Ertrag aber, so die Aussagen, in der Hauptsache den Lagerwachen zugute kam. Zwei Mahlzeiten pro Tag, bestehend aus einer Schale Reis und ein paar Maniokwurzeln, bildeten die Ernährung. Der Reis sei ungeschält gewesen, habe also wichtige

Nährstoffe noch enthalten; in jedem Monat sind aus einer mit 150 Mann belegten Hütte drei Tote herausgetragen worden. Familienbesuch war einmal im halben Jahr erlaubt. Einmal in der Woche, am Freitag, dozierte ein politischer Kader aus Nordvietnam über Marxismus-Leninismus. Seine Hauptaufgabe habe allerdings darin bestanden, die Häftlinge zur immer neuen Abfassung ihres Lebenslaufs und zur Selbstkritik zu bringen. Wurde jemand als "umerzogen" betrachtet, so konnte er - im Rhythmus eines Vierteljahres - entlassen werden. Nach der Entlassung freilich geriet der Delinquent meist in einen Teufelskreis - und zwar nicht nur, wenn er bei Fluchtversuchen oder bei Wirtschaftsstrafaten ertappt wurde. Meistens bekommt der Entlassene keine Aufenthaltserlaubnis für seinen früheren Heimatort, sondern soll in eine der "Neuen Wirtschaftszonen" abwandern. Ohne Aufenthaltsgenehmigung gibt es jedoch keine Arbeit und ohne Arbeit keine Lebensmittellkarten. Zieht er also nicht sofort in die Neuen Wirtschaftszonen um, bleibt ihm nichts anderes übrig, als illegal in Saigon auf der Straße zu schlafen, wobei allerdings ständig die Gefahr über ihm schwebt, wieder in ein Lager eingewiesen zu werden. Er lebt vom Schwarzhandel in dem Bestreben, die 2.000 \$ für einen Platz in einem Flüchtlingsboot bald zusammenzubekommen (NZZ, 20.9.81).

Eine andere Methode, sich über Wasser zu halten, ist der Schmuggel oder aber der Beitritt zu einer der gegen die Regierung gerichteten Widerstandsorganisationen. Da die Versuchung für einen ehemaligen Soldaten, solchen militärischen Verbänden beizutreten, nicht gering ist, haben die Behörden in jüngster Zeit eine Verordnung erlassen, derzufolge ehemalige Lagerinsassen stets über ihren jeweiligen Aufenthalt berichten müssen (Näheres unten).

d) Militärwesen: Neue Verteidigungsstrategie und Maßnahmen zur Verbesserung der Kampfmoral

Während des chinesischen "Erziehungsfeldzugs" gegen Vietnam waren in der vietnamesischen Abwehrstrategie mehrere Mängel zutage getreten, an deren Überwindung seither gearbeitet wird. Drei Schwachstellen wurden von der Führung offenbar identifiziert, nämlich

- die unzureichende Koordination zwischen den Regionaleinheiten und dem Generalstab;
- Rückstände in der Ausbildung, Ausrüstung und Mannschaftsstärke der Regionaleinheiten und
- mangelnde ideologische Ausbildung.

Nachträglich sind noch zwei weitere Schwachpunkte festgestellt worden, nämlich die zu einseitige Ausrichtung der Truppen auf rein militärische Angelegenheiten, so daß z.B. interne Sicherheitsbelange nicht richtig in den Griff zu bekommen waren, und ferner Fehlleistungen in den Befehlskanälen, die auf das Doppelsystem von Partei- und Militärführung zurückzuführen sind.

Mit den ersten drei Schwachstellen hat sich bereits Verteidigungsminister Van Tien Dung kurze Zeit nach Abschluß des chinesischen Feldzugs auseinandergesetzt und dabei - im Namen des Politbüros - neue Richtlinien für die Verteidigungsstrategie ausgearbeitet. Dieses umfassende und grundlegende Dokument gliedert sich in drei Teile, deren Hauptpunkte hier kurz referiert seien.

- In Teil 1 wird die strategische Rolle des "lokalen Volkskriegs" erläutert. Im Gegensatz zu früher wird diese Form der Auseinandersetzung nicht mehr nur mit Guerilla-, sondern auch mit konventionellen Methoden betrieben. Dung betont ausdrücklich, daß sich der vietnamesische Volkskrieg vom chinesischen Guerillakrieg erheblich unterscheidet: Strategisch habe er nicht nur defensive, sondern auch offensive Ziele; von den Kombatanen her gesehen stützt er sich nicht nur auf die Bauernschaft, sondern auf die gesamte Bevölkerung; territorial gesehen findet er sich nicht nur auf dem Land, sondern sowohl in ländlichen als auch in städtischen Gebieten statt; taktisch gesehen bleibt der Volkskrieg nicht nur auf das Stadium des "strategischen Patts", also des zum Stillstand gekommenen Kriegs, beschränkt, sondern wirkt auch noch ins Stadium der mobilen Kriegsführung hinüber, die nach dem maostischen Konzept ganz den regulären Einheiten überlassen bleibt.

Der "lokale Volkskrieg" umfaßt nicht nur Guerilla-, sondern auch konventionelle Kriegsführung, die von den Regionalstreitkräften (das sind die Provinz- und die Distriktruppen) oder aber von den Hauptstreitkräften getragen wird. Falls erforderlich, können hier sogar Luft- und Seestreitkräfte mit eingreifen.

Überdies ist der Kampf heute nicht mehr auf wenige Befreite Gebiete beschränkt, sondern erfaßt das gesamte Land und die gesamte Bevölkerung, so daß jedes Dorf und jede Stadt sich in eine Festung verwandeln kann.

Angesichts dieser neuen Bedingungen solle nicht mehr von "Guerillakrieg", sondern künftig nur noch von "lokalen Volkskrieg" gesprochen werden.

- Vier neue Aufgaben werden hervorgehoben, nämlich

erstens: die Mobilisierung der gesamten Bevölkerung an jedem Platz, zu jeder Zeit und mit jeder Methode - und dies mit dem Ziel der "strategischen Offensive" (= Gegenangriffe zum Zweck der Vernichtung des Feindes).

Zweitens: Jede Provinz muß zu einer strategischen Einheit werden und sich dabei mit anderen Provinzen abstimmen.

Drittens: ständige Kampfbereitschaft für den lokalen Volkskrieg in jedem Gebiet und Aufbau von festen Verteidigungspositionen.

Viertens: Schaffung eines verlässlichen Hinterlandes - und zwar sowohl in politischer und wirtschaftlicher als auch in militärischer Hinsicht. "Die Front und das Hinterland sind eins."

"In jeden Krieg ist das Hinterland stets der entscheidende Faktor für den Sieg."

- Dung kommt sodann auf die neuen Potentiale zu sprechen: Die 39 Provinzen und provinzzgleichen Städte seien inzwischen zu agroindustriellen Wirtschaftseinheiten geworden - ebenso die Kreise. Sie seien jeweils in der Lage, örtliche Milizen und "Selbstverteidigungstreitkräfte" aufzustellen - letztere im Rahmen der Kreise und der Provinzen. Die Provinzen umfaßten jeweils 500.000 bis 700.000 Einwohner, aus denen sich Zehntausende von Milizionären und "Selbstverteidigern" rekrutieren ließen. Fabriken, Staatsfarmen, Forsteinheiten und sonstige "Arbeitsplätze" ließen sich in lauter kleine Festungen verwandeln.

So gesehen wird der "lokale Volkskrieg" neben der mobilen Kampfführung der Hauptstreitkräfte zu einer der zwei Grundmethoden der vietnamesischen Verteidigungsstrategie.

- Um nun die neuen Aufgaben mit den neuen Potentialen effektiv in Verbindung zu bringen, gelte es, folgende sieben Aufgaben zu erledigen: erstens die Verbesserung der ideologischen Ausbildung; zweitens die Formulierung von Verteidigungsplänen für jedes einzelne Gebiet (Distrikte, Städte und Provinzen); drittens der Ausbau des Verteidigungspotentials an den einzelnen Orten, wobei versucht werden müsse, industriell-agrikulturelle Einheiten zugleich auch zu strategischen Einheiten werden zu lassen, wobei es gilt, die nötigen Umsiedlungen und Umverteilungen sowie die Erstellung von Infrastrukturen zu besorgen; viertens der Aufbau regionaler Streitkräfte und starker Reservekräfte, wobei Milizen und Selbstverteidigungstreitkräfte je nach Größe in Kompanien, Bataillone, Regimente oder gar (z.B. bei Großfabriken) Divisionen eingeteilt werden können; fünftens Ausbau von Verteidigungslinien und Kampfpositionen: Dort seien Nahrungsmittellager, Waffendepots, Bunkereinheiten, Straßen, logistische Verbindungspunkte, Beobachtungsstationen, Kommandoposten usw. anzulegen, die es dem Feind verbieten, in die Tiefe einzudringen; sechstens ist das Studium der theoretischen Militärwissenschaft und der praktischen Ausbildung zu verschärfen und siebtens die Effizienz der Führung zu erhöhen (Radio Hanoi in SWB, 23.4.79).

Der Ausbau von Provinzen und Kreisen zu wirtschaftlich und strategisch autarken Bastionen, die von Hauptstreitkräften, Regionalstreitkräften und Volksmilizen unter einheitlichem Oberkommando verteidigt werden und zwischen denen auch mobile Armee-Einheiten agieren können - dies also ist die neue vietnamesische Antwort auf die zutagegetretenen Mängel im Verhältnis zwischen Regionalstreitkräften und Generalstab. Auch der Ausbildung der Selbstverteidigungskräfte wird nach wie vor erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt (Armeezeitung "Quan Doi Nhan Dan" in SWB, 14.11.81, und Nhan Dan in SWB, 10.8.81). Bei der Miliz wird vor allem auf die ideologische Ausbildung und auf die bisher offensichtlich nur recht mangelhaft besorgte Logistik

geachtet (Quan Doi Nhan Dan in SWB, 19.7.79).

Eine der schwierigsten Aufgaben scheint nach wie vor die politische und ideologische Schulung zu sein. Dies zeigt sich u.a. bei der Rekrutierung. Seit 1978 finden jährlich zwei Rekrutierungskampagnen statt. Die frühere südvietnamesische Armee ist aufgelöst, die Streitkräfte des Nordens aber reichen nicht aus, an drei Fronten gleichzeitig zu kämpfen. Vor allem Südvietnamesen eilen - nach den Erfahrungen von 1975 und in dem Wissen, daß sie vielleicht in Kambodscha eingesetzt werden - nicht gerade begeistert den Waffen. Bei Wehrdienstverweigerung werden deshalb nicht selten auch die Angehörigen des Flüchtlings zur Rechenschaft gezogen, indem man ihnen die Nahrungsmittel kürzt oder das eine oder andere Mitglied in Umerziehungslager schickt oder aber die Familie in die Neuen Wirtschaftszonen umsiedelt. Kein Wunder, daß die Kampf-moral der meist südvietnamesischen Soldaten zu wünschen übrig läßt. Die Meldungen von Absetzbewegungen nach Thailand häufen sich.

In Nordvietnam ist die Situation zweifellos besser: Die chinesische Gefahr wirkt sich günstig auf die Verteidigungsmotivation aus; doch Volk und Wirtschaft sind ausgelugt; patriotische Begeisterung vermag auf einem solchen Humus kaum zu wachsen. Dies sind schlechte Bedingungen für einen "lokalen Volkskrieg". Um hier gegenzusteuern, bedient sich die Führung vor allem zweier Methoden: Gegenüber der breiten Bevölkerung wird das Bewußtsein des "chinesischen Expansionismus" durch die tägliche Berichterstattung und Propaganda wachgehalten, bei den regulären Kampfverbänden andererseits bemüht man sich um systematischere Schulung, hat ein neues Auszeichnungssystem eingeführt und experimentiert mit dem Ein-Mann-Kommando-system.

- Schulung: Die Ausbildung an Militärakademien wird verstärkt. Während die alte Generation der Revolutionäre ihre Erfahrungen aus der Praxis des täglichen Guerillakampfs gewinnen mußte, kommt inzwischen eine neue Generation von Offizieren in Schlüsselstellungen, die ihre Ausbildung in der Sowjetunion und in Osteuropa erhalten haben. Beispiel dafür ist der neue Generalstabschef Le Trong Tan, der 1980 in dieser Stellung Van Tien Dung ersetzt hat, welcher seinerseits anstelle General Giaps an die Spitze des Verteidigungsministeriums trat. Die alten Revolutionäre haben den jungen "Professionellen" langsam Platz zu machen. Rein militärisch gesehen profitieren davon die Waffengattungen Marine und Luftwaffe. Radio Hanoi brachte einen längeren Bericht über die Selbstdarstellung der 1. Einheit des 193. Luftwaffenregiments, die an den Luftkämpfen, welche am Vorabend der Eroberung Saigons stattfanden, entscheidende Anteile hatte (SWB, 10.9.81). Das Regiment hat 1978 und Anfang 1979 auch in die Kämpfe gegen die Khmer-Rouge-Einheiten eingegriffen und wirkt heute am Kampf gegen "Banditen und FULRO-Einheiten" mit. Die Gruppe hat bisher bereits dreimal den Titel "heroische Einheit" erhal-

ten. Eine Waffengattung schafft sich hier ihr eigenes Selbstbewußtsein.

B. Kambodscha

I. Das Demokratische Kampuchea (DK)

1. Zur Kriegslage

a) DK-Siegesberichte - von Augenzeugen teilweise bestätigt

Im Dezember beginnt die neue Trockenzeit, die bis Ende April dauert. Sie wird abgelöst von der Regenzeit (Mai-November), in der die DK-Streitkräfte jedesmal Gelegenheit haben, sich wieder zu rekonolidieren, um sich dann auf die erneut einsetzenden vietnamesischen Angriffe während der Trockenzeit einzurichten.

Das DK-Oberkommando gibt jedesmal seinen "Regenzeit"-Bericht bereits Anfang Oktober (für 1980 vgl. z.B. C.a., November 1980, S.963). So auch i.J. 1981 (vgl. SWB, 6.10.81). Der Bericht des Oberkommandos gliedert sich in zwei Teile, in denen zunächst die zahlenmäßigen Erfolge aufgeführt und dann eine Beurteilung abgegeben wird.

- Kap.1: zahlenmäßige Erfolge:

a) Zerstörung von vietnamesischen Feindkräften: 36.316 "Ausfälle"; 21.408 Tote oder "permanent ausgeschaltete" vietnamesische Soldaten.

b) Aufzählung der "Zerstörung vietnamesischer Stellungen" nach Zug-, Kompanie-, Bataillons- und Regimentstärken.

c) Abwehr von Feindtruppen: Zerstörung von 109 Gruppen, 62 Kompanien, 18 Bataillonen, 6 Regimentern, 3 Zugtransporteinheiten und 1 Kompanietransporteinheit.

d) "Befreiung" von Dörfern und Gemeinden: 275 Dörfer angegriffen und befreit; 38 Kommunen angegriffen und befreit; Ende April 1981 lebten 1,5 Millionen Menschen im DK-Gebiet. Während der Regenzeit 1981 seien es weitere 200.000 geworden. Heute stünden m.a.W. 1,7 Millionen Menschen unter Kontrolle der DK-Regierung.

e) Unterbrechung vietnamesischer Verkehrs- und Versorgungslinien: Unterbrochen wurden die Nationalstraßen 3, 4, 5, 6 und 7 und die zwei Eisenbahnstrecken zwischen Phnom Penh und Battambang sowie zwischen Phnom Penh und Kompong Som und ferner eine Reihe von Provinzstraßen, wie die Routen 10 und 12. Aufgezählt wird im einzelnen, wieviele Kubikmeter Straßen-, Schienen- und Brückenmaterial zerstört wurden.

f) 1.829 vietnamesische Soldaten desertierten.

g) 131 vietnamesische Soldaten wurden durch ihre eigenen Truppen getötet.

h) VRK-Soldaten hätten 337 vietnamesische Soldaten getötet oder verwundet.

i) Die Bevölkerung habe 92 Vietnamesen getötet oder verwundet.

k) 1.023 VRK-Soldaten seien desertiert.

l) 205 VRK-Soldaten wechselten zu den DK-Einheiten über.

m) 137 Kämpfer aus verschiedenen anderen Gruppen liefen ebenfalls zur DK-Seite über.

- Kap.2: Lagebeurteilung:

a) Die vietnamesischen Streitkräfte seien in eine noch schlimmere Lage als in der Trockenzeit 1980/81 geraten.

b) Die Vietnamesen hätten nicht genügend Soldaten in der Ost-, Nordost-, Ost- und Südwestregion; die Ostzone beherrschten sie nur zu einem Drittel, die restlichen zwei Drittel stünden unter DK-Kontrolle.

c) Die vietnamesischen Streitkräfte seien auf eine Linie Stung Treng - Kompong Som zurückgezogen und dann in zwei Gruppen aufgeteilt worden, die eine westlich, die andere östlich des Tonle-Sees. Die Truppen seien hauptsächlich damit beauftragt worden, die strategischen Straßen, vor allem die Routen 4, 5 und 6 sowie die beiden Eisenbahnlinien zu überwachen. Strategische Interventionskräfte hätten deshalb kaum zur Verfügung gestanden.

d) Während der gesamten Regensaison 1981 hätten die Vietnamesen keinerlei Kampffinitative entfaltet. Die größte Einzeloperation, die zwischen Mai und Ende September 1981 gestartet wurde, sei nur in Regimentsstärke vorgetragen worden; dabei habe es nur zu sechs Angriffen gereicht, die sämtlich von den DK-Truppen gebremst werden konnten. Ansonsten habe es nur kleinere Operationen gegeben, und zwar in Bataillons- und in Kompaniestärke. Die feindliche Strategie des "schnellen Angriffs und des schnellen Sieges" sei völlig gescheitert und ersetzt worden durch einen "lange hingezogenen Krieg", den die DK-Kräfte dem Gegner hätten aufzwingen können.

e) Wenn der Krieg überhaupt von den Vietnamesen hätte gewonnen werden können, dann i.J. 1979. Inzwischen aber seien drei ganze Trocken- und drei Regenzeiten ins Land gegangen, und die Feindtruppen hätten nur Niederlagen erlebt und litten zudem an Nachschubschwierigkeiten, was der Truppenmoral nicht gerade förderlich sei. Strategisch sind die Le-Duan-Truppen m.a.W. in Kambodscha bereits besiegt; es gehe jetzt nur noch darum, möglichst viel Zeit zu gewinnen. Vietnam steht zunehmenden Schwierigkeiten auf allen Gebieten gegenüber, sei es im Bereich seiner inneren Sicherheit, seiner Wirtschaft, seiner Finanzen, seiner sozialen Fragen und nicht zuletzt im Bereich der Außenpolitik, wo es sich zunehmend isoliert sehe.

f) Aus diesem Grunde auch sei Le Duan im September 1981 nach Moskau gereist und habe sich "zu Breschnews Füßen niedergeworfen", um dort weitere Hilfe zu erbitten.

g) Das Oberkommando der DK-Nationalarmee und der DK-Guerilla wolle auch weiterhin eng mit den Volksmassen gegen den gemeinsamen vietnamesischen Feind zusammenarbeiten.

Dieses Kriegsbulletin wird ergänzt durch zahlreiche weitere Berichte:

In einem Interview mit der chinesischen Armeezeitung teilte Nuon Chea, der Vorsitzende des Ständigen Ausschusses der kambodschanischen Volksvertreterversammlung, mit, daß sich das Geschehen heute auf zwei Schlachtfelder konzentriere, nämlich auf den östlichen und auf den westlichen Kriegsschauplatz. Der vietnamesische Angriff habe sich bisher in drei Phasen entfaltet, nämlich Ende 1978/Anfang 1979 (Eroberung Phnom Penhs); im Januar 1979 begann der zweite Abschnitt, dessen Hauptziel darauf gerichtet war, die Straßen und Verbindungslinien in Kambodscha unter Kontrolle zu bringen; im April 1979 habe sich der Feind auf entfernter liegende Städte und Dörfer konzentriert; doch dann sei es mit seiner Angriffswucht auch bereits zu Ende gewesen. Das DK habe sich nicht nur militärisch, sondern auch politisch (Verkündigung der politischen Plattform der Front i.J. 1980) konsolidieren und seitdem seine "befreite Zone" immer weiter ausdehnen können. Der Feind wage sich heute nur noch in größeren Verbänden von mindestens 300 Mann in die Guerillazonen hinein und dies nicht vor 9 Uhr vormittags. Ab 18 Uhr besteht Ausgangsverbot. In der Nacht beherrschten die DK-Kräfte das Geschehen. Sodann werden Vergleiche zwischen der defensiven Position der Amerikaner während des 2.Indochinakriegs und der heutigen Lage der Vietnamesen angestellt (SWB, 10.11.81, und XNA, 31.10.81).

Urteile dieser Art werden vom thailändischen Oberkommando im wesentlichen geteilt (so von Generalleutnant Som Kataphan in XNA, 20.11.81). Die etwa 40.000 DK-Soldaten werden von westlichen Militärattachés in Bangkok als diszipliniert, hervorragend ausgebildet und gut gerüstet beschrieben, wobei das meiste, von der grünen Uniform bis zum nachgebauten Gewehrmodell AK-47 und zum leichten Mörser, aus chinesischen Lieferungen stammt und über Thailand nach Kambodscha geschleust wurde.

Ein unmittelbarer Erlebnisbericht über Operationen in Kambodscha stammt von Denis Reichle (Der Spiegel 1981, Nr.46, S.190-199). Reichle schildert dort, wie er unter dem Schutz von DK-Soldaten 400 km durch Kambodscha marschiert. Das DK habe den Krieg zwar noch lange nicht gewonnen, aber ihn auch noch nicht verloren - und ihn deshalb vielleicht gewonnen; die vietnamesischen Soldaten bekämen pro Woche nur eine Dose Thunfisch und etwas Reis als Lebensmittelration; alles übrige müßten sie sich bei der Zivilbevölkerung beschaffen; die Zahl der Deserteure sei hoch; die Moral miserabel; auf DK-Seite kämpften heute Soldaten, die, im Gegensatz zur Zeit vor 1975, durchwegs nicht jünger als 18 Jahre seien. Angeblich ist ihre Zahl bereits auf 50.000 Mann angewachsen; Transporte werden zunächst auf Elefanten durchgeführt; junge Frauen übernehmen sodann die Last und tragen sie auf schmalen, beiderseits verminten und mit "Tigergruben" versehenen Pfaden bis zu den vordersten Linien. Reichle schildert auch, wie schwerbepackte

Transportkolonnen sich hinter die vietnamesischen Linien schleichen und dort Einheiten versorgen, deren Hauptaufgabe es ist, die vietnamesische Front zu destabilisieren und ihren Nachschub zu unterbrechen. Wenn es dunkel wird, brechen die Khmer-Soldaten in Gruppen von vier oder fünf Mann auf, um in die vietnamesischen Stellungen einzusickern und dort Minen anzubringen. Die Vietnamesen seien Gefangene des Regens und der Minen.

Ab und zu fallen den DK-Vorstößen auch sowjetische Militärberater zum Opfer, so z.B. 25 Techniker am 11.Oktober nahe dem Hafen Kompong Som (XNA, 16.10.81).

Nach thailändischen Beobachtungen haben die Vietnamesen gegenwärtig zwanzig Divisionen in Kambodscha stehen. Sieben Infanteriedivisionen sind bis nahe an die thailändische Grenze herangeschoben worden. Das thailändische Oberkommando will zu nächst einmal abwarten, ob es sich hier um einen neuen Truppenaufbau oder nur um ein routinemäßiges Reviement handelt. Freilich könnte dieser Aufmarsch auch auf eine geplante Offensive während der anstehenden Trockenzeit hindeuten (Radio Bangkok in SWB, 23.11.81).

b) Hat sich Vietnam den "Papageienschnabel" im Südosten Kambodschas einverleibt?

Auf neu herausgegebenen vietnamesischen Landkarten soll neuerdings das Gebiet des Papageienschnabels, das früher zu Kambodscha gehörte, nicht mehr als kambodschanisch, sondern als vietnamesisch eingetragen sein (Radio DK in SWB, 8.10.81).

c) Gifteinsatz in Kambodscha?

Einzelheiten über den Einsatz von Getreideschimmelgiften, die als "gelber Regen" vom Himmel fallen und die Opfer innerhalb kurzer Zeit töten, sind bereits in C.a. (September 1981, S.614) dargelegt worden. Die vietnamesische Seite spricht von einer "Lügenkampagne" gegen Vietnam (Radio Hanoi in SWB, 6.11.81). Die USA legen immer mehr Dokumente für ihre Gifteinsatzbehauptung vor (IHT, 16.11.81) und auch das thailändische Oberkommando bestätigt die Verwendung chemischer Waffen in Kambodscha, wobei Flüchtlings- und Deserteurberichte als Hauptquelle dienen. General Dien Del, Chef der antikommunistischen Nationalen Volksbefreiungsfront der Khmer (KPNLF) hat allerdings bisher noch keinen Giftnachgriff gegen seine Einheiten erlebt. In der chinesischen Propaganda spielt das Giftgasthema z.Zt. eine überragende Rolle (vgl. z.B. XNA, 11. und 14.11.81). Das DK-Gesundheitsministerium gab Anfang Oktober eine Weisung heraus, daß systematische Vorbeugemaßnahmen beim Gebrauch von Wasser und beim Verzehr von Gemüse und anderen Nahrungsmitteln getroffen werden müßten. Notfalls hätten Ärzte und Krankenhäuser bevorzugt Hilfe zu leisten (Radio DK in SWB, 16.10.81). Mitte September beschloß die UNO, ein Untersuchungsteam in vier asiatische Länder zu entsenden, nämlich nach Afghanistan, Laos, Thailand und Pakistan.

d) Lage an der thailändisch-kambodschanischen Grenze

Anfang November kam es erneut zu Gefechten zwischen thailändischen Grenzpatrouillen und PRK- oder vietnamesischen Truppen, bei denen es Tote und Verwundete gab. Als Antwort auf die Stationierung von sieben vietnamesischen Infanteriedivisionen soll die königliche Thai-Armee während des kommenden 5. Fünfjahresplans (1982-1986) mehr Mittel zugeteilt bekommen.

Zusammen mit amerikanischen Verbänden führte die Marine Thailands eine viertägige gemeinsame Seelandeübung in vor den Küsten Ostthailands durch (dazu oben).

Zu Land soll die Armee umorganisiert werden und zwar in eine sog. "Striking Force" und in eine "Fixing Force". Die "Striking Force" soll vor allem Übergriffe von Kambodscha her abwehren (Radio Bangkok in SWB, 21.10.81).

Böses Blut hat in Thailand das bereits erwähnte Interview von Indira Gandhi gemacht, daß nicht nur China an der Kambodscha-Frage schuldig sei, sondern auch Thailand, das Soldaten in Kambodscha stationiert habe. Diese Behauptung wurde vom Bangkok-er Außenministerium mit der Bemerkung zurückgewiesen, daß kein einziger Thai-Soldat auf kambodschanischem Boden stehe.

Hinter der nach außen gezeigten Einheitsfassade gibt es in Thailand allerdings ein weites Meinungsspektrum über die Kambodscha-Frage. In der Thai-Armee vor allem stehen sich zwei Denkschulen gegenüber: Die eine hält Vietnam für die Hauptgefahr und hat deshalb nichts dagegen einzuwenden, daß Khmer-Truppen von Thai-Territorium aus nach Kambodscha hinein operieren. Zu dieser Gruppe gehört u.a. Ministerpräsident Prem.

Die andere Denkschule hält China für die Hauptgefahr, wenn auch nicht im Augenblick, so doch auf lange Sicht. So gesehen wäre die sowjetische Präsenz in Indochina eine Art "Flaschenkork" zwischen China und den ASEAN-Staaten.

2. Außenpolitik: Die Kambodscha-Frage erneut vor der UNO; hoher Abstimmungssieg für das DK

Die fünf ASEAN-Staaten und 28 weitere Länder brachten während der 36. UNO-Vollversammlung einen Antrag ein, der den Abzug aller fremden Truppen aus Kambodscha vorsah. Bei der Abstimmung am 21. Oktober 1981 erzielte dieser Antrag eine überwältigende Mehrheit von nicht weniger als 100 Stimmen. 24 Länder (hauptsächlich aus dem Ostblock sowie einige afrikanische Länder wie der Tschad, Kongo, Äthiopien, die drei Indochina-Staaten sowie Libyen, Syrien und die Seychellen) stimmten dagegen, 20 enthielten sich der Stimme, unter ihnen Indien. Die meisten Länder der Dritten Welt sowie sämtliche westeuropäischen Staaten mit Ausnahme von Finnland haben sich also für den

Rückzug der vietnamesischen Truppen ausgesprochen. Wie schon bei der Frage der Abstimmung über das Vortretungsrecht zeigt auch die neuerliche Abstimmung zugunsten des DK eine ansteigende Tendenz. Noch 1980 waren es 97 und 1979 nur 91 Länder gewesen, die für den Rückzug plädiert hatten. Damit hat sich die überwältigende Mehrheit der UNO bereits zum dritten Mal gegen die Besetzungspolitik Vietnams ausgesprochen und damit zugleich auch der UdSSR eine Abstimmungsniederlage beigebracht.

Hanoi wies diese UNO-Resolution als "äußerst falsch, null und nichtig" zurück. Wieder einmal sei die Mehrheit der UNO-Mitglieder auf die zwielichtigen Pläne Beijings und Washingtons gegen Kambodscha eingegangen, ohne auf die inzwischen eingetretenen Veränderungen in Kambodscha Rücksicht zu nehmen, wo sich eine Führung etabliert habe, die die Wirtschaft langsam in die Hand bekomme, die ferner Wahlen durchgeführt und effektive Staatsorgane eingerichtet habe - stets unter Zustimmung der überwältigenden Mehrheit des kambodschanischen Volkes (VNA in SWB, 24.10.81). Die vietnamesischen Truppen würden solange bleiben wie die chinesische Bedrohung gegen die drei Indochina-Staaten andauere.

Während der Debatten hatte der EG-Vertreter, Douglas Hurd, betont, ein Abzug Vietnams wäre ein wichtiger Schritt zur Wiederherstellung normaler Verhältnisse in Kambodscha. Der Vertreter Japans forderte Vietnam auf, den Gedanken an eine militärische Lösung des Problems aufzugeben und sich auf Verhandlungen einzulassen. Die ASEAN-Staaten forderten die Verwirklichung der bei der Internationalen Kambodscha-Konferenz im Juli gefaßten Beschlüsse (Näheres dazu C.a., Juli 1981, S.450 ff.).

Inzwischen hat sich herausgestellt, daß die Abhaltung der Internationalen Kambodscha-Konferenz in New York die Summe von 1.850.000 US\$ gekostet hat. Vietnam wurde aufgefordert, sich daran zu beteiligen, weigerte sich indessen, weil es die Konferenz von vornherein abgelehnt habe (VNA in SWB, 23.10.81).

Das VRK-Außenministerium bezeichnete den Abzugsbeschluß der UNO als Einmischung in die inneren Angelegenheiten Kambodschas (SPK in SWB, 19.10.81). Die neuentstandene Lage in Kambodscha sei "unwiderruflich". Dieser Protest hinderte die UNO freilich nicht daran, Kambodscha auf den offiziellen UN-Landkarten unter der Bezeichnung "DK" zu führen (SPK in SWB, 1.12.81).

3. Innenpolitik

In einem Interview mit Xinhua äußerte sich Nuon Chea, der Vorsitzende der DK-Volksvertreterversammlung, über die Bevölkerungspolitik seiner Regierung (Radio Beijing in SWB, 2.11.81). Das DK verfolge einen Kurs der maximalen Bevölkerungsvermehrung. Obwohl Kambodscha eine Fläche von 131.000 qkm umfasse, lag seine Bevölkerung ja nach dem Stand vom Februar 1971 bei nur 7.760.000 Menschen, war also höchst unterbesie-

delt. Daraus habe das DK seit seiner Machtübernahme i.J. 1975 die Konsequenzen gezogen und in seinem "Vierjahresplan" (Zeitraum 1977-1980) eine Vermehrung der Bevölkerung auf mindestens 15 Millionen Menschen innerhalb eines Zeitraums von fünf bis zehn Jahren ins Auge gefaßt. In der Tat sei dann auch die Bevölkerung zwischen März und Dezember 1976 um 160.000 (=+2%), i.J. 1977 um 220.000 (=+2,8%) und 1978 um 260.000 (=+3,2%) angestiegen. Dieser Anstieg sei das Ergebnis der DK-Politik zum Schutz der Bevölkerung (sic!). Zweitens sei es der DK-Regierung seinerzeit gelungen, z.T. die wichtigste Geißel des kambodschanischen Volkes, nämlich die Malaria, auszurotten, von der bis zum DK-Machantritt ungefähr 80% der Bevölkerung befallen war. Bis 1977 habe man die Fälle der Malariaerkrankungen um 80-90% reduzieren können, so daß es, verglichen mit früher, nur noch einen Bruchteil Malariaerkrankungen gab. Drittens seien während der Jahre nach 1975 alle Arten von Ärzten ausgebildet worden, und zwar sowohl in der traditionellen, als auch in der modernen westlichen Medizin. Vor allem sei die Bekämpfung des Durchfalls, der Augenkrankheiten und der Ruhr in den Mittelpunkt der Gesundheitspolitik gerückt worden. Das DK habe jedes Jahr Medizin aus dem Ausland im Wert von 8-10 Mio.\$ bezogen.

Nach dem Einmarsch der Vietnamesen freilich sei die so günstig gestiegene Bevölkerungszahl rapide wieder zurückgegangen. Statistiken zeigen heute, daß über 2,5 Millionen Kambodschaner ums Leben gekommen seien, und zwar als "Ergebnis der Aggressions- und Genozidpolitik der Vietnamesen in der Zwei-Jahres-Periode von 1979 bis 1980". Anfang 1981 gab es also nur noch 5.620.000 Kambodschaner. Diese Zahl umfaßt obendrein die Hunderttausende von Kambodschanern, welche zwischen 1979 und 1980 ins Ausland geflohen sind.

Mit drei Methoden seien diese zweieinhalb Millionen Menschen getötet worden, nämlich durch Massaker, durch Aushungerung und durch den Einsatz von Giftkampfstoffen. Auch jetzt hätten nur etwa 20-30% der in vietnamesischen Okkupationsgebieten lebenden Kambodschaner genügend zu essen.

Während der DK-Vertreter noch so schöne Worte über die Bevölkerungsvermehrungs- und Lebensschutz-Politik des DK zu finden weiß, wurden erneut Massengräber entdeckt, in denen rund 66.000 Hinrichtungsoffer aus der Pol-Pot-Zeit verscharrt sind. Die Gräber wurden in den Provinzen Takeo, Kamphong und Kandal gefunden. Die Massaker und Massenerschießungen fanden, dem Zustand der Leichen nach zu urteilen, zwischen 1973 und 1978 statt. An der Fundstelle der Provinz Takeo wurden auf zwei Friedhöfen mit der Fläche von nur 2 ha im Dorf Kut, etwa 26 km südwestlich der Provinzhauptstadt, 25.000 Opfer gezählt. An der Fundstelle in der Kamphong-Provinz befanden sich, und zwar im Bereich des früheren Munti-Tamon-Gefängnisses, das während der Pol-Pot-Herrschaft eingerichtet worden war, vier Massengräber mit zusammen 38.000 Toten. In der Kandal-Provinz wurden rund

3.000 Tote aufgefunden (VNA in SWB, 26.9.81, und IHT, 26.9.81). In der Takeo-Provinz wurden die Leichen manchmal auch in Bombenkrater hineingeworfen, die durch B-52-Einwirkungen aufgerissen worden waren (SPK in SWB, 12.10.81). "Geständnisse" früherer "Henker" aus dem Tuol-Sleng-Gefängnis in Phnom Penh besagen, daß die Opfer dort mit Stöcken, Hämmern und Peitschen zu "Aussagen" gezwungen worden seien. Man habe die Opfer mit Elektroschocks behandelt, habe ihnen die Fingernägel ausgerissen, Wasser in Mund, Nase und Ohren geschüttet, habe sie mit Stöcken erschlagen oder sie - oft mehrere Menschen zusammen - in Gruben gestoßen und sie dort bei lebendigem Leibe begraben (Radio Phnom Penh in SWB, 15.10.81).

Welcher Seite soll man nun glauben?

II. Die VR Kampuchea (VRK)

1. Außenpolitik

a) Vietnam

Drei Themen standen im Berichtszeitraum im Vordergrund.

- Da war zunächst der Vorwurf, daß immer mehr vietnamesische Siedler nach Kambodscha kämen, vor allem in die Provinzen Takeo, Svay Rieng, Prey Veng, Kompong Cham, Kandal und Kompoth sowie in die Tonle-See-Region. Die Siedler erhielten fruchtbares Land zugewiesen und außerdem die Erlaubnis, im Tonle-See zu fischen (XNA, 12.10.81, und Radio DK, SWB, 13.10.81). Sollten diese Behauptungen zutreffen, so wären hier in der Tat Symptome dafür gegeben, daß die vietnamesische Präsenz nicht nur vorübergehender Natur ist. Westliche Besucher allerdings können Meldungen dieser Art kaum bestätigen; dies mag vielleicht daran liegen, daß sie - meist nicht der lokalen Sprachen mächtig - Vietnamesen nicht ohne weiteres von Kambodschanern unterscheiden können, und daß sie außerdem nicht in präsumtiven Siedlungsgebieten Zutritt erhalten.

- Ein weiteres Thema ist der Abschluß eines Kooperationsabkommens im Bereich des Rundfunkwesens zwischen der VRK und Vietnam, das sich auf den Zeitraum 1981 bis 1985 erstreckt und am 14. Oktober in Hanoi unterzeichnet wurde (VNA in SWB, 16.10. und 2.11.81). Wird nun auch im Bereich des Rundfunkwesens eine gemeinsame Agitprop-Politik betrieben?

- Ein drittes Thema schließlich ist der Rücktritt Pen Sovans von seinen Ämtern als Partei- und Regierungschef Anfang Dezember 1981. Es handelt sich hier um eine höchst überraschende Entwicklung. Beim IV. Parteikon-

gruß vom 26. bis 29. Mai schien es, als habe die Pen-Sovan-Gruppe, die sich ganz aus Khmer-Vietminh-Personal gruppierte, die Heng-Samrin-Gruppe, die sich zum größten Teil aus abtrünnig gewordenen Khmer-Rouge-Angehörigen zusammensetzt, von den Hebeln der Macht verdrängt (Näheres dazu in C.a., Mai 1981, S.331 ff.). Der inzwischen bekanntgegebene Rücktritt wurde mit Gesundheitsgründen erklärt - ein etwas

abwegiges Argument, da sich der 46jährige Pen Sovan zur Zeit der Bekanntgabe des "Rücktritt"-Beschlusses gerade auf einer Rundreise durch die westkambodschanische Provinz Battambang befand.

Der Lebenslauf Pen Sovans ist fast lupenrein "vietnamesisch". 1954, also im Anschluß an die Genfer Verträge, wurde er mit zusammen rund 5.000 Khmer-Kadern nach Nordvietnam gesandt, wo er an einer Militärschule und an der Nguyen-Ai-Quoc-Schule für höhere Parteifunktionäre studierte. Auch nach dem Sturz Sihanouks blieb Pen Sovan in Hanoi und arbeitete an den FUNK-Partisanensendungen mit, die von Radio Hanoi in Richtung Kambodscha ausgestrahlt wurden. 1977 ging Pen Sovan nach Südvietnam, von wo aus er Kontakte mit anderen kambodschanischen Kadern aufnahm, die damals gerade den Verfolgungen Pol Pots entkommen waren. Im Januar 1979 kehrte er, zum ersten Mal nach 25 Jahren wieder, im Troß der vietnamesischen Panzer nach Kambodscha zurück. Pen Sovan ist mit einer Vietnamesin verheiratet, spricht fließend Vietnamesisch und hat jahrelang unter vietnamesischem Namen gelebt (weitere Einzelheiten in C.a., Juli 1981, S.458 ff.).

Nach dem gegenwärtigen Informationsstand läßt sich dieser Personalwechsel an der VRK-Spitze, hinter dem die Vietnamesen gestanden haben müssen, nicht befriedigend erklären. Wollte Hanoi seinen Statthalter Pen Sovan abschieben, um den Anschein der Vietnam-Hörigkeit der VRK-Regierung zu beseitigen? Für eine solche Lösung spräche die Wiedereinsetzung Heng Samrins in den Posten des Ministerpräsidenten und des Parteichefs und vielleicht auch ein gewisser Druck der Sowjets, die die Statthalterrolle eines als so provietnamesisch abgestempelten Kadern wie Pen Sovan für kontraproduktiv hielten.

Warum hat man aber dann ausgerechnet Heng Samrin eingesetzt? Dieser hatte immerhin zwei Jahre lang die Chance, sich als VRK-Führer zu profilieren und der VRK einen Anschein von Legitimität zu vermitteln. Gleichwohl haben weder die ASEAN-Staaten noch China noch zahlreiche andere UNO-Staaten sich für Heng Samrin erwärmen können. Ihn nun erneut zurückzuholen, führt also, wenn man in Legitimierungskategorien denkt, keinen Schritt weiter.

Oder sollte Pen Sovan am Ende doch krank geworden sein - und zwar nicht im übertragenen Sinne des Wortes!?

b) Umfang der Sowjethilfe

Nach Aussagen von Radio Phnom Penh (SWB, 17.11.81) hat die Sowjetunion an die VRK i.J. 1979 Güter im Werte von 85 Mio. \$, 1980 gar Güter im Werte von 134 Mio. und 1981 im Werte von 95 Mio. geliefert - und zwar unentgeltlich. Nahezu 600 kambodschanische Studenten empfangen in der Sowjetunion eine Hochschul-, TH- oder Berufsausbildung.

Mit der DDR wurde am 21. September ein Kooperationsabkommen über das Rundfunkwesen unterzeichnet (Radio PP in SWB, 29.9.81).

c) Nahrungsmittelhilfe

Verglichen mit den zwar multilateral gegebenen, jedoch fast ausschließlich aus westlichen Quellen stammenden Hilfslieferungen nehmen sich die sowjetischen Beiträge nicht gerade überwältigend aus: In den vergangenen zwei Jahren hat Kambodscha fast 1 Mrd. US\$ an multilateraler Hilfe aus vorwiegend westlichen Quellen erhalten - und dies bei einer Bevölkerung von nur rund sechs Millionen Menschen. Wenn trotz solcher Lieferungen und trotz der verbesserten Ernten heute immer noch da und dort Nahrungsmittelengpässe vorhanden sind, so liegt dies nicht zuletzt an der Unfähigkeit der Behörden zur Verteilung, vielleicht auch an Zweckentfremdungsmaßnahmen, wie sie von internationalen Organisationen und vor allem von der chinesischen Propaganda immer wieder behauptet werden.

Am 18. November begannen erneut die internationalen Hilfsflüge zwischen Singapur und Kambodscha, welche im Oktober 1981 eingestellt worden waren, nachdem die VRK-Behörden höhere Flughafengebühren verlangen wollten. Inzwischen soll auch das Internationale Rote Kreuz Hilfsflüge von Bangkok nach Phnom Penh aufgenommen haben (Radio Kuala Lumpur in SWB, 21.11.81).

2. Innenpolitik: Die Rolle der VRK-Armee

Es war bereits im letzten Bericht (C.a., September 1981, S.616) davon die Rede, daß die Vietnamesen sich bemühen, immer mehr kambodschanische Streitkräfte einzuschalten, um auf diese Weise ihre eigenen militärischen Schultern etwas zu entlasten. Zu diesem Zweck werden laufend neue Einheiten gegründet und Soldaten einberufen. Das Provinzmilitärkommando von Svay Rieng (dies ist der weit in südvietnamesisches Gebiet hineinragende südostkambodschanische "Finger") etablierte z.B. einen Wehrrfassungsrat, an dessen Spitze der Provinzpartei sekretär, der Provinzmilitärkommandant und noch weitere Mitglieder aus dem Provinzoffizierscorps und den Provinzverwaltungsabteilungen stehen. Der Wehrrfassungsrat richtete Filial-Ausschüsse an allen Schulen in den Distrikten und Gemeinden der Provinz ein. Er sorgte auch dafür, daß Logistikgruppen aufgestellt werden und damit eine der Hauptschwachstellen des VRK-Verteidigungswesens ausgebessert wird. Im 1. Hj. 1981 wurden in der Svay-Rieng-Provinz 600 Soldaten rekrutiert (Radio PP in SWB, 19.6.81). Würde in jeder der 19 Provinzen sowie in der Hauptstadt Phnom Penh die gleiche Zahl von Rekruten ausgehoben (also pro Jahr etwa 1.200), so käme man auf 24.000 Rekruten im ganzen Land. Demgegenüber stehen rund 40.000 DK-Kämpfer. Hochrechnungen solcher Art sind freilich deshalb höchst spekulativ, weil zahlreiche Provinzen in West- und Nordkambodscha nicht mehr unter VRK-Kontrolle stehen und weil überdies Svay Rieng mit seiner besonders engen Anbindung an Vietnam offensichtlich ein optimales Gebiet für die Wehrrfassung bildet.

Z.Zt. bemüht sich die VRK-Regierung besonders darum, mehr Rundfunksen-

dungen für Armeeingehörige auszustrahlen. Künftig wird es jeden Tag, beginnend mit dem 1. Oktober 1981, zwischen 19 Uhr und 19 Uhr 30 Ortszeit eine Sendung unter dem Titel "Stimme der revolutionären Armee" geben (Radio PP in SWB, 2.10.81). Außerdem wird das Medizinwesen in der Armee verstärkt. Immer noch grassierten Cholera, Ruhr, Malaria und Typhus. Um hier wirksam einzugreifen, werden neuerdings Moskitobekämpfungsmaßnahmen (Ausspritzen von DDT in Biwaks, Baracken etc.) getroffen und Entlausungsaktionen sowie Kampagnen zur Erlernung von Hygieneregeln durchgeführt (Radio PP in SWB, 8.10.81). Immer noch werden ferner Disziplinmängel beklagt (Radio PP in SWB, 29.9.81). Aus diesem Grund sollen nun verstärkt "Kerngruppen" ausgebildet werden, die dafür sorgen, daß politische Anweisungen und Militärkommandos künftig minutös beachtet werden (Radio PP in SWB, 7.11.81).

In den feindnahen Gebieten hilft die Armee beim Aufbau von sog. "Solidaritätsgruppen" und Milizen. 624 Solidaritätsgruppen haben in einigen Distrikten der Provinz Kompong Som ihre Dörfer mit Dornenhecken umpflanzt und Wachen aufgestellt: Sie üben Selbstschutz gegen die "Pol-Pot-Ieng-Sary-Uberreste". Im August 1981 haben überdies Kreiskommandos, Milizeinheiten und vietnamesische Kampftruppen zehn Vernichtungsoperationen gegen die Khmers Rouges in der Provinz Kompong Som durchgeführt und dabei einen Feindsoldaten getötet, ein Feindlager zerstört und Waffen sowie Nahrungsmittel (insgesamt 12 kg Reis!) erbeutet (Radio PP in SWB, 23.10.81). Kompong Som liegt genau im Zentrum Kambodschas. Weitere "Säuberungsoperationen" gegen "Banditen" wurden von VRK-Regionalstreitkräften, Milizeinheiten und der Bevölkerung in den Provinzen Kompong Cham (Südwestkambodscha) und Kratie (Ostkambodscha) durchgeführt (Radio PP in SWB, 21.11.81).

Die VRK-Regierung hebt die Erfolge auf militärischem Gebiet hervor: Es sei möglich gewesen, die Pläne des Feindes während der Regenzeit zu verhindern, die auf die Schaffung von "zwei Zonen, zwei Streitkräften und zwei Verwaltungen" abgezielt hätten, wobei die "Beijinger Expansionisten" und die US-Imperialisten" aktiv Hilfe leisteten (Radio PP in SWB, 10.11.81).

III. Das Dritte Kambodscha

1. Das Dreiertreffen von Singapur und die nachfolgenden Verhandlungen über die Bildung einer antivietnamesischen Front

Vom 2. bis 4. September 1981 gelang es den ASEAN-Staaten, Sihanouk, Sonn San und Khieu Samphan als Vertreter der drei wichtigsten antivietnamesischen Gruppen nach Singapur einzuladen und sie zu überreden, dort ein Vier-Punkte-Kommuniqué zu unterzeichnen, das langfristig die Bildung einer "Koalitionsregierung des DK" vorsieht. Ein Ad-hoc-Komitee sollte auf die Bildung dieser Regierung hinarbeiten; die UNO-Rückzugsbeschlüsse solle das Grundprogramm

der drei Parteien sein (Nähere Einzelheiten in C.a., September 1981, S.613 f.).

Bis Anfang Dezember trat das Ad-hoc-Komitee immerhin achtmal zusammen, und zwar in Bangkok. In Vertretung Sihanouks nahm In Tam teil. Bei der zweiten Sitzung war für das DK keine geringere als Ieng Thirith vertreten (Bangkok Nation Review in SWB, 15. und 21.9.81). Das einzige Ergebnis, das am Ende der Verhandlungen jeweils verkündigt wurde, bestand darin, daß man sich wieder zusammenfinden werde (so z.B. nach dem fünften Treffen am 28. September) (Radio DK in SWB, 30.9.81). Beim fünften Treffen wurde angeblich auch eine Verfahrensordnung entwickelt (XNA, 29.9.81). Das sechste Treffen (4. Oktober) soll "die Einigung über wichtige Prinzipien für die Errichtung einer Koalitionsregierung" gebracht haben (XNA, 5.10.81).

Am 9. Oktober freilich trat Son Sann anlässlich des 2. Gründungstages der KPNLF (Khmer People's National Liberation Front) vor einer Versammlung seiner Anhänger im thailändisch-kambodschanischen Grenzgebiet auf und griff dabei die Khmers Rouges an. Es müsse sichergestellt werden, daß die Spitzenpolitiker des DK freiwillig ins Exil gingen, daß die wichtigsten Ministerposten der KPNLF übertragen und daß überdies die Khmer-Rouge-Truppen dem Oberbefehl des Generals Dien Del unterstellt würden (Bangkok Post in SWB, 20.10.81). Sihanouk hielt sich in der gleichen Zeit beziehungsweise zurück, stimmte aber dem Anspruch Son Sanns auf das Amt des Ministerpräsidenten in der künftigen Koalitionsregierung zu.

Nun offensichtlich hielt die DK-Regierung die Zeit für gekommen, eine "Klarstellung" herauszugeben (Radio DK, 13.10.81, in SWB, 16.10.81):

Seit dem 13. September 1981 werde nun über das Ad-hoc-Komitee zwischen den drei Seiten verhandelt. Nach dem sechsten Treffen am 4. Oktober sei ein Pressecommuniqué herausgegeben worden, in dem die Übereinstimmung in vier Punkten zum Ausdruck gekommen ist, nämlich daß keine der drei Seiten ein Machtmonopol erhalten dürfe, daß ferner das Drei-Parteien-Prinzip sowohl in der Struktur als auch bei der personellen Zusammensetzung der künftigen Koalitionsregierung des DK gewahrt werden müsse, daß drittens sämtliche wichtigen Fragen durch die drei Parteien im Geiste des Konsenses zu lösen seien und daß vor allem die Kontinuität des DK-Staates als des einzigen legalen Staates des kambodschanischen Volkes und Vertreters in der UNO erhalten bleiben müsse.

Nun habe aber eine Seite (gemeint ist Son Sann) inzwischen drei Forderungen vorgetragen, die dem Geist des Singapur-Kommuniqués sowie der vier Punkte fundamental zuwiderliefen. Er wünsche nämlich die Monopolisierung der Macht, verlange die Mehrheit der Ministersessel und bestehe auf der Exilierung der DK-Führung, da er, wie Son Sann es ausdrückte, "den Tigerkäfig nicht ohne einen großen Knüttel betreten" wolle. Würden

diese Wünsche erfüllt, so könnte von einer wirklichen gemeinsamen Front nicht mehr die Rede sein; mit der Exilierung der DK-Führung ginge außerdem ein Herzenswunsch der Vietnamesen in Erfüllung. Außerdem solle man sich um die mangelnde Unterstützung der DK-Führung im Volk keine Sorgen machen; sie sei, wie die wachsende Anhängerschaft beweise, durchaus vorhanden (News Bulletin des DK, Special Number, 19.10.81).

14 Tage später, nämlich am 28. Oktober, trat die siebte Runde des Ad-hoc-Komitees zusammen. Nach dieser Sitzung erklärt Son Sann gegenüber Gesprächspartnern, u.a. dem thailändischen Außenminister, er empfinde sich selbst immer mehr als "Hindernis" bei der Bildung einer Koalitionsregierung und möchte sich am liebsten aus dem Dreierbund zurückziehen (AFP in SWB, 2.11.81). Bisher hatten sich die drei Parteien lediglich darauf geeinigt, daß alle Ministerposten jeweils mit zwei Vertretern besetzt werden sollen.

In dieser kritischen Phase waren es vor allem die ASEAN-Staaten, die nicht locker ließen und schließlich erreichten, daß am 14. November die neunte Sitzung stattfand. Eine Partei sollten den Ministerpräsidenten, die beiden anderen seine Stellvertreter stellen, die zugleich für Außenpolitik und für Wirtschaft und Finanzen zuständig sein sollten (AFP in SWB, 16.11.81). Beim neunten Treffen wurde auch Einigkeit über die Zusammensetzung und die Stellung des Ständigen Ausschusses der Volksvertreterversammlung sowie über die Struktur, die Prinzipien und die Zusammensetzung der politischen Plattform der Koalitionsregierung erzielt. Lediglich über die Geschäftsordnung des Ständigen Ausschusses der Volksvertreterversammlung und über die Struktur der Koalitionsregierung bestand noch Uneinigkeit (XNA, 16.11.81). Am 22. und 23. November erstatteten die drei Parteien individuell den Außenministern von Thailand und Kambodscha Bericht über den Fortschritt der Verhandlungen (Presseverlautbarung der Regierung von Singapur vom 24.11.81). Offensichtlich war nun ein "größerer Durchbruch" erreicht.

Anfang Dezember schließlich einigten sich die drei Parteien auf einen Kompromißvorschlag des singapurischen Vizepremiers Rajaratnam vom 24. November. Danach soll eine "DK-Übergangskoalition" gebildet werden, und zwar mit Prinz Sihanouk als Präsidenten, Son Sann als Premierminister und einem DK-Vertreter als Vizepremier sowie drei Ministern, die jeweils von einer Widerstandsgruppe gestellt werden und die für Verteidigung, Information und Propaganda zuständig sind. Innerhalb der losen Koalition solle jede Gruppe ihre Identität bewahren und ihre eigenen politischen Vorstellungen für die Zukunft Kambodschas propagieren können. Einziges Ziel der Koalition müsse es sein, die Vietnamesen zum Rückzug aus Kambodscha zu bewegen. Sobald dieses Ziel erreicht ist, habe sich die Koalitionsregierung unverzüglich und automatisch aufzulösen. In freien, von der UNO überwachten Wahlen solle das kambodschanische Volk dann die Möglichkeit erhalten, eine eigene Regie-

rung zu wählen (XNA, 26.11.81). Während Son Sann und Sihanouk diesem Kompromißvorschlag zustimmten, erbaten sich die DK-Vertreter Bedenkzeit. Offensichtlich glauben sie, daß der letzte ihrer "Vier Punkte", nämlich die Wahrung des legalen Aufbaus des DK, durch die "Auflösungs"-Klausel gefährdet werden könnte.

Die Regierung von Singapur sah in dem lockeren Kompromiß folgende Vorteile: Die Khmers Rouges könnten Son Sann und Sihanouk nicht daran hindern, einen nichtkommunistischen Weg für Kambodscha zu erstreben. Die Koalitionsregierung könnte damit zu einer demokratischen Alternative werden - ein Gesichtspunkt, den übrigens auch schon die deutsche Bundesregierung Anfang Oktober geäußert hatte. Das neue Programm sei höchst simpel: Die Koalitionsregierung widme sich ausschließlich dem Ziel, die Vietnamesen zu bekämpfen und sie mit politischen, diplomatischen und militärischen Mitteln zum Verlassen Kambodschas zu veranlassen, so daß das Volk dann selbst durch freie Wahlen über seine Zukunft entscheiden kann. Sei es einmal zu der Übergangsverbindung gekommen, so wären die KPNLF und die Sihanoukisten in der günstigen Lage, militärische Hilfe von freundlich gesonnenen Ländern zu erhalten. Selbst Singapur sei bereit, Waffen zu liefern. Die westlichen Länder könnten darüber hinaus leichter überzeugt werden, daß es wert sei, sich für ein "Nicht-Khmer-Rouge-Kambodscha" zu engagieren und Hilfe zu leisten (Interview mit Roger Rattmann in der "Straits Times", 25.11.81). Auch die "Bangkok Post" sah "Licht am Ende des Tunnels" (SWB, 27.11.81).

2. Moulinaka und KPNLF

Die Moulinaka (Mouvement de Libération Nationale du Kampuchéa) ist eine vorerst noch unbedeutende Streitmacht von rund 2.000-3.000 Mann (vgl. z.B. Angaben Sihanouks in Asiaweek, 20.3.81, S.24). Sihanouk selbst bezeichnet sie als "insignifikant", um jedoch sogleich hinzuzufügen, daß er ohne jede Schwierigkeiten als Ergänzung zu den "Roten und Blauen Republikanern" (gemeint sind die Khmers Rouges und die KPNLF Son Sanns) "mindestens 100.000 Freiwillige" gewinnen könnte. Das Problem seien nicht die Kämpfer, sondern die Logistik. An dieser Stelle klagt Sihanouk vor allem Thailand an, das zwar der KPNLF (Khmer People's National Liberation Front) Son Sanns jede erdenkliche Hilfe zukommen lasse, nicht aber ihm, Sihanouk. "Wenn wir einmal davon ausgehen, daß die Thai-Armee hundertprozentig die Soldaten Son Sanns unter General Dien Del unterstützt und daß sie immer noch 80% für die Khmers Rouges übrig hat, so hilft sie den militärischen Gruppen Sihanouks mit null Prozent" (Nr.3 des "Le Courrier Khmer", Oktober 1981, S.2 f.). Hinzu komme, daß die Moulinaka von den Son-Sann-Truppen noch mehr bedroht werde als von den Khmers Rouges. Mehrere Male seien die sihanoukistischen Soldaten beispielsweise bereits von den "Unterdrückungskommandos" General Dien Dels mit Vernichtung bedroht worden.

Die Son-Sann-Truppen unter Dien Del werden auf 5.000-6.000 Mann geschätzt, manchmal sogar mit 10.000 angegeben - eine Zahl, die allerdings übertrieben sein dürfte. Offiziell allerdings gibt sich die KPNLF keineswegs Sihanouk-feindlich. Dien Del betonte, daß er nur drei Feinde kenne, nämlich erstens die Vietnamesen, zweitens die Khmers Rouges und drittens alle korrupten Personen (Indian Express, 29.8.81).

Die KPNLF operiert hauptsächlich entlang der thailändisch-kambodschanischen Grenze und in Kompong Som. Die Truppen sind ausgerüstet mit 75-mm rückstoßfreien Gewehren und AK-47-Maschinengewehren. Neben diesen chinesischen Waffen, die offensichtlich unmittelbar auf chinesische Lieferungen zurückgehen, verfügen die KPNLF-Truppen auch über amerikanische M-16-Gewehre, die offensichtlich von Thailand geliefert sind.

Die KPNLF hat es inzwischen offensichtlich fertiggebracht, jene Warlord-Kommandanten loszuwerden, die noch vor einigen Monaten im thailändisch-kambodschanischen Grenzgebiet um die Führung kämpften. Angeblich hat Dien Del in der Zwischenzeit die nichtkommunistischen Kampfzonen unter Kontrolle gebracht (so das Urteil eines Diplomaten in IHT, 18.10.81). Dien Del glaubt in der Lage zu sein, bald über eine Armee von 50.000 Freiwilligen zu verfügen. Schon jetzt gibt es reguläre Ausbildungsprogramme: sechs Monate für die allgemeine Offiziersschulung und drei Monate für Kompaniechefs. Son Sann hat sich nicht zuletzt deshalb auf das Dreier-treffen von Singapur eingelassen, weil er hoffen durfte, daß seine KPNLF nach ihrem - wenigstens formellen - Zusammenschluß unter dem "DK"-Dach nun nicht mehr nur von China und Thailand, sondern auch von den USA und anderen westlichen Staaten Waffen geliefert bekommt.

Der wahrscheinlich wichtigste Militärführer im Moulinaka-Lager ist Nhem Sophon, der bereits unter Lon Nol eine Obristenposition bekleidet hatte. Nach seinen Angaben (Asiaweek, 20.3.81, S.24 f.) sind Moulinaka-Verbände hauptsächlich in den Provinzen Siem Reap, Kompong Thom und Kompong Cham aktiv. Mindestens 75% der Moulinaka-Streitkräfte stünden nicht entlang der Grenze zu Thailand, sondern im Inneren des Landes. Nhem Sophon, der früher die Khmers Rouges bekämpft hatte, hat inzwischen positive Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit den einstigen Feinden. Er geht davon aus, das eine vereinte Front mit der KPNLF zwar gut ist, daß sie aber nicht funktionieren würde, wenn Sihanouk und seine Bewegung nicht mitbeteiligt wären.

C) Laos

1. Außenpolitik

a) Beziehungen zu Vietnam

Vietnamesische Delegationen drücken sich in Laos die Klinke in die Hand. Im Berichtszeitraum kam eine Erziehungsdelegation, eine Delegation des Parteausschusses von Hanoi, eine Delegation der Ha-Nam-Ninh-Provinz (zur Patenprovinz Oudomsai, wo über

Zusammenarbeit und gegenseitige Unterstützung beraten wurde, KPL in SWB, 5.9.81), eine Verkehrsdelegation, eine Delegation der vietnamesischen Forschungskommission, eine Forstdelegation und - in umgekehrter Richtung - eine laotische Landwirtschaftsdelegation nach Vietnam. Folgende Abkommen wurden geschlossen: A. zur Zusammenarbeit zwischen der laotischen Houaphan-Provinz mit der Patenprovinz Son La in Vietnam (Abkommen über wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit und gegenseitige Unterstützung im Zeitraum 1981/82, KPL in SWB, 21.8.81), ein Abkommen über wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Landwirtschaft für das Jahr 1981 (VNA in SWB, 20.8.81), ein laotisch-vietnamesisches Verkehrsabkommen (31.8.81), ein Kulturabkommen (5.8.81), ein Sportabkommen (28.10.81), ein Transportabkommen (22.10.81) und ein Sportprotokoll für die Jahre 1981 bis 1985 (26.10.81) sowie ein Erziehungsabkommen (17.8.81). Auf dem Erziehungssektor studieren in Vietnam z.Zt. 6.000 laotische Studenten. Vietnam hat bisher an Erziehungseinrichtungen etwa 1 Mio. Dong jährlich an Laos gestiftet. Beide Seiten haben jeweils "zwischen fünf und zehn Delegationen" zum gegenseitigen Besuch entsandt (VNA in SWB, 20.8.81). Vietnamesen ehren "laotische Helden" und umgekehrt zeichnen Laoten vietnamesische Experten, ja sogar den vietnamesischen Parteichef Le Duan mit Orden aus (Radio Vientiane in SWB, 26.8. und 10.8.81). In Laos fand außerdem eine vietnamesische Filmwoche (KPL in SWB, 15.9.81) und Mitte Oktober eine "Indochinesische Ideologie-Konferenz" statt (Radio V. in SWB, 28.10.81).

China bezeichnet die vietnamesische Anwesenheit in Laos als "Kolonialherrschaft". Gegenwärtig stünden zwischen 50.000 und 60.000 vietnamesische Soldaten und nahezu 10.000 Ratgeber in Laos - gar nicht zu reden von den Geheimpolitisten, die über das laotische Militär, über politische Beschlüsse, wirtschaftliche Grundentscheidungen, Kultur und Außenpolitik in Laos wachen (Radio Beijing in SWB, 5.9.81). China weist auch darauf hin, daß entlang der laotisch-thailändischen Grenze neue Truppenverbände aufmarschiert seien - begleitet von fünfzig sowjetischen Militärberatern (XNA, 9.11.81). Auf der Insel Don Kora im Mekong höben thailändische und vietnamesische Soldaten z.Zt. Gräben und Bunker aus (Voice of Free Asia, Bangkok, in SWB, 20.10.81).

In einem weiteren Bericht über die "vietnamesische Okkupationspolitik in Laos" weist Radio Beijing (SWB, 21.9.81) darauf hin, daß vietnamesische Truppenverbände die Hauptarterien des Verkehrs, u.a. die Straße 13, sowie die Hauptstadt Vientiane militärisch besonders scharf kontrollierten. Überall in Laos, vor allem in der Nähe der Hauptstadt und auf der Ebene der Tonkrüge, würden Gräben ausgehoben, Flugfelder angelegt und Radarstationen errichtet. Im südlichen Laos haben die vietnamesischen Truppen mit der Reparatur der strategischen Straße 9 begonnen, die nach Vietnam hinüberführt. Außerdem bauten sie Befestigungsanlagen entlang

der laotisch-chinesischen und der laotisch-thailändischen Grenze. Vietnamesen hätten sämtliche Sektoren der laotischen Streitkräfte infiltriert. Im Notfall könnten sie vietnamesische und laotische Verbände zu gemeinsamen Einsätzen abrufen. Auch wirtschaftlich stehe Laos völlig unter Kontrolle der Vietnamesen, ob nun Wirtschaftspläne formuliert, Gesetze entworfen, Beamten eingestellt oder entlassen werden. Beim ZK der KPV sei ein eigenes Komitee für laotische Angelegenheiten eingerichtet worden. Vor allem laotische Außenpolitiker hätten sich präzise vietnamesische Anleitungen zu eigen zu machen, ehe sie ins Ausland führen. Wer sich den Anordnungen nicht füge, habe mit Erziehungslager zu rechnen. Allein im Oktober 1980 seien rund 500 Laoten verhaftet worden. Darüber hinaus hätten die vietnamesischen Besatzer die Lao Soung und die Meo-Minorität systematisch verfolgt. Über 50.000 Meos seien getötet worden. Außerdem habe man 25.000 Laoten in die Flucht ins Ausland getrieben.

Im Zeichen der sog. "wirtschaftlichen Zusammenarbeit" hätten die Vietnamesen mit Laos zahlreiche Wirtschafts- und Handelsabkommen geschlossen und dabei vor allem laotisches Holz und laotischen Kaffee zu optimalen Preisen aus Laos herausgeholt. Die Vietnamesen hätten sich auch das Recht zum Betrieb von Bergbau- und Forstunternehmen gesichert. Mehr noch: Laotische Bauern seien von ihren angestammten Dörfern, vor allem aus dem Bolovens-Plateau, aus Khammouane, Sam Neua, Phong Saly, Attoppeu und Saravane vertrieben und durch rund 100.000 Vietnamesen ersetzt worden, die sich dort auf immer niederlassen wollten (SWB, 23.11.81).

Entlang der ganzen laotisch-chinesischen Grenze stünden inzwischen vietnamesische Kampfverbände, und auch vom Mekong seien laotische Verbände durch vietnamesische verdrängt worden (SWB, 21.9.81).

Auch in Laos sollen vietnamesische Truppen Giftgas eingesetzt haben. Dies wird in einem vom US State Department herausgegebenen Bericht mit dem Titel "Reports on the Use of Chemical Weapons in Afghanistan, Laos and Kampuchea" behauptet, wo Zeugenaussagen zum "gelben Regen" aufgeführt sind. Xinhua (XNA, 27.11.81) behauptet, daß die chemischen Angriffe bereits im April 1977 begonnen hätten und zwar gegen die Meo. Damals bereits seien Chemikalien direkt von Flugzeugen aus abgeworfen worden. Von der laotischen Seite werden Behauptungen dieser Art entschieden bestritten (Radio V. in SWB, 25.9.81). Im Sommer 1979 auch hatte der amerikanische Journalist Stanley Karnow einen längeren Artikel veröffentlicht, in dem er auf die sich häufenden Indizien einer Giftgaskampagne in Laos hinwies und sich dabei vor allem auf Aussagen von Flüchtlingen über "gelben Regen" stützte. Der tödliche Wirkstoff werde von vietnamesischen Flugzeugen abgeworfen, deren Basen sich in Vietnam befänden. Die Giftgasrückstände verflüchtigen sich angeblich relativ schnell.

b) Beziehungen zur Sowjetunion und zum Ostblock

Am 14. September 1981 wurde Parteichef Kaysone Phomvihon von Breschnew in Moskau empfangen, neun Tage später von Außenminister Gromyko. Es wurden "Fragen der Konsolidierung und Erweiterung der sowjetisch-laotischen Beziehungen sowie einige internationale Probleme von gegenseitigem Interesse" erörtert. Näheres war nicht zu erfahren. Doch wurde vermutlich auch von den sowjetischen Militärberatern gesprochen, die z.Zt. in Laos tätig sind. Beijing weist auf mindestens 3.000-4.000 solcher "Kader" hin, die auf den verschiedensten Gebieten arbeiteten (Radio Beijing in SWB, 16.10.81). Die Sowjets bauen z.Zt. auch eine Rundfunkstation in Laos auf (Radio V. in SWB, 2.9.81). Des weiteren werden laotische Piloten in der Sowjetunion ausgebildet (Radio V. in SWB, 6.8.81). Russisch ist heute - hinter Vietnamesisch - die zweite Fremdsprache in Laos.

Kaum ein anderer Politiker Asiens, von der mongolischen Führung einmal abgesehen, hat Moskau häufiger besucht als Kaysone. Allein seit Februar 1976 reiste er zehnmal in die Sowjetunion.

Engagement zeigt auch die DDR. Im Oktober kam eine Wirtschafts-, eine Erziehungs-, eine Presse- und eine Gewerkschaftsdelegation und im November eine Delegation für wirtschaftliche Zusammenarbeit nach Laos. Es wurden Abkommen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Pressewesens, der Gewerkschaftsarbeit und der Wirtschaftskooperation geschlossen.

Ähnliche Verträge kamen im Berichtszeitraum mit Ungarn, Bulgarien und Kuba zustande, ebenso mit der VRK. Von einer UNO- und einer französischen Delegation abgesehen, war der Westen so gut wie abwesend. Sihanouk appelliert deshalb nicht ganz zu unrecht an die internationale Gemeinschaft, vor allem an Indien, "Laos nicht zu vergessen".

c) Beziehungen zu Thailand

Vom 12. bis 15. November besuchte der laotische Außenminister Phou Sipsaseut Thailand, um dort bilaterale Fragen zu besprechen. Beide Seiten waren schon vorher darin übereingekommen, daß die Kambodscha-Frage und die regionalen Probleme Südostasiens nicht Gegenstand der Verhandlungen sein sollten. Gleichwohl ließ sich der laotische Außenminister nicht davon abbringen, den neuen "7-Punkte-Vorschlag" (dazu oben A.) im einzelnen zu erläutern (XNA, 16.11.81).

Was die laotisch-thailändischen Beziehungen angeht, so waren sich beide Seiten schnell darüber einig, daß die gemeinsamen Kommuniqués vom 3. August 1976, vom 25. März 1978, vom 6. Januar 1979 und vom 4. April 1979 sowie das Memorandum über die Diskussionen zwischen den Innenministern beider Länder vom 17. August 1979 nach wie vor die Basis für die bilateralen Beziehungen abgeben sollten. Man einigte sich - in diesem Rahmen - auf sieben Punkte:

Erstens soll es wieder zu regelmäßigen Treffen zwischen beiden Seiten kommen, vor allem zwischen den Grenzkomitees auf zentraler und auf lokaler Ebene, auf daß sämtliche im Mekong-Bereich entstehende Spannungen friedlich gelöst werden können. Zweitens soll der beiderseitige Handel ausgeweitet werden; drittens soll es zu verstärkter Zusammenarbeit im wirtschaftlichen, sozialen, akademischen, kulturellen und Sportbereich kommen; viertens soll ein zusätzlicher Übergangspunkt zwischen Thailand und Laos eröffnet werden (dies geschah am 25. November, als die Thai-Regierung den Übergang in Mukdahan am Mekong freigab. Dieser Übergang war am 3. Juli 1980 gesperrt worden, nachdem die Laoten (oder Vietnamesen?) ein thailändisches Patrouillenboot auf dem Mekong beschossen hatten; zwei weitere Übergangspunkte in Tha Sadet und in Tha Phrae Kanaronyon waren bereits am 29. August 1980 wiedereröffnet worden, so daß es also jetzt drei offizielle "Durchgänge" gibt); fünftens solle die Sicherheit auf dem Mekong von beiden Seiten gegen "terroristische" Übergriffe gesichert werden; sechstens müsse in der Flüchtlingsfrage eine angemessene Lösung gefunden werden und siebtens wurde eine Gegeneinladung an den thailändischen Ministerpräsidenten ausgesprochen (Radio Vientiane in SWB, 17.11.81).

In den Wochen vor diesem Treffen hatten sich beide Seiten offensichtlich alle Mühe gegeben, ein vorteilhaftes Verhandlungsklima zu schaffen. Die thailändische Seite betonte anerkennend, daß es seit langer Zeit zu keinem Zwischenfall auf dem Mekong mehr gekommen sei, hängte ihren Betrachtungen allerdings die Frage an, wie lange "das dritte Land" solche friedlichen Beziehungen noch dulden werde (Voice of Free Asia in SWB, 19.11.81).

Als Zeichen des guten Willens gaben die Laoten in einer "feierlichen Zeremonie" ein thailändisches Boot zurück, das sich lösgelassen hatte und stromabwärts getrieben war (KPL in SWB, 24.8.81). Am 6. August wurde zwischen der laotischen und der thailändischen Elektrizitätsgesellschaft ein Abkommen unterzeichnet, das die Preise für den von Laos zu liefernden Strom für den Zeitraum von Oktober 1981 bis 30. September 1986 festlegte (KPL in SWB, 10.8.81). Das Stromlieferungsabkommen ist seit Jahren die zuverlässigste Klammer zwischen beiden Nachbarstaaten, ob nun geschlossen oder verhandelt wurde. Vertreter beider Staaten trafen sich, zusammen mit dem vietnamesischen Repräsentanten, auch im Rahmen des Mekong-Ausschusses, der am 13. September seine 12. Tagung in Vientiane abhielt. Dabei kam es allerdings zu Unstimmigkeiten, weil die laotische und die vietnamesische Seite erneut die Teilnahme der VRK am Komitee verlangte - ein Wunsch, der auf thailändischen Widerstand stößt (KPL in SWB, 17.9. und 11.9.81). Am 27. August bereits hatten die laotischen Behörden 26 "thailändische Kriminelle" an den thailändischen Botschafter ausgehändigt. Sie hätten am 4. Januar 1980 und am 6. Februar 1981 ohne Erlaubnis die Grenze überschritten, hätten Pässe gefälscht,

verbotene Güter geschmuggelt, Diebstähle begangen und politische Propaganda in der Vientiane-Provinz betrieben (Radio Vientiane in SWB, 29.8.81).

Viel guter Wille auch in der Flüchtlingsfrage. Von den drei Millionen Laoten sind inzwischen ja nicht weniger als 300.000, also zehn Prozent, geflohen. 90.000 von ihnen leben in sieben Auffangslagern in Thailand. Auch jetzt noch liegt die Fluchtrate bei rund 2.000 Personen pro Monat. Wie der UNO-Hochkommissar für Flüchtlingswesen Anfang September feststellte, ist die Zahl der Flüchtlinge allerdings Mitte 1981 zum ersten Mal in drei Jahren zurückgegangen. In der ersten Hälfte 1981 seien pro Monat nur durchschnittlich 2.064 laotische Flüchtlinge in Thailand angekommen. Gegen Jahresende werde sich die Flüchtlingszahl für 1981 voraussichtlich auf 24.768 belaufen.

Inzwischen läuft ein Programm der freiwilligen Rücksiedlung, in dessen Verlauf bereits (oder erst?) 363 Flüchtlinge nach Laos zurückgekehrt seien (Radio Bangkok in SWB, 2.9.81). Die laotische Seite stellte den Vorgang so dar, daß die Rückkehrer erkannt hätten, daß sie unter falschen Versprechungen aus der Heimat weggelockt worden seien. Sie hätten ihren Fehler eingesehen und bereut (Radio Vientiane in SWB, 25.9.81). Das thailändische Innenministerium hatte die neue Rückkehrpolitik am 1. Januar 1981 begonnen. Damals war beschlossen worden, daß Laoten und Vietnamesen, die nach Thailand geflohen sind, keinen Flüchtlingsstatus mehr gewährt bekämen (Radio Bangkok in SWB, 7.9.81).

Als Grund für die Flucht gibt die chinesische Propaganda (RMRB, 2.11.81) die wirtschaftliche "Ausplünderung" durch Vietnam an: Vietnam habe z.B. in der Savannakhet-Provinz die Gold- und Diamantenminen übernommen, fälle in großen Mengen Teakholz, vor allem entlang der Straße 9, presse aus den Bauern eine Landwirtschaftssteuer in Höhe von 30% der Ernte heraus, habe überall in den Schulen vietnamesische Lehrbücher eingeführt und zwingt Laoten zum Beitritt in die Armee. Außerdem würden Minoritäten, allen voran die Meo, "blutig unterdrückt".

Mit gewisser Sorge wurde in Bangkok die Nachricht vernommen, daß in Laos eine prosowjetische KP Thailands gegründet worden sei, die sich "Pak Mai" nennt, was wörtlich übersetzt "Neue Partei" heißt. Einzelheiten über diese Neugründung seien durch Überläufer bekannt geworden. Gleichwohl betrachtet die thailändische Armee nach wie vor die prochinesische KPTh als Hauptfeind der Nation.

2. Innenpolitik

a) 6. Jahrestag der LDVR: Versiebte und verbliebene Chancen

Am 2. Dezember 1981 jährt sich der Gründungstag der Laotischen Demokratischen Volksrepublik zum sechsten Mal und gibt der Führung Anlaß zum Nachdenken über das bisher Erreichte.

Als Prinz Souphanouvong im April 1974 nach Vientiane kam, um dort - im Rahmen der damals gerade zusammengetretenen 3. Koalitionsregierung zwischen Neutralisten und Pathet Lao - einen Sitz in der "Provisorischen Regierung der Nationalen Union" einzunehmen, wurde er von der Bevölkerung der Hauptstadt mit einem Jubel ohnegleichen empfangen. Souphanouvong erschien als eine Art Messias für die Erneuerung von Laos, das seit Jahren in den Indochinakrieg hineingezogen war und dessen Regierung eine unheilige Allianz mit den USA eingegangen war, die das Land weit von jenem Kurs wegführte, der ihm durch seine buddhistische Identität eigentlich vorgeschrieben war.

Dieser Jubel war schon zwei Jahre später einer tiefen Ernüchterung gewichen. Es hatte sich inzwischen herausgestellt, daß die neue Führung von all den Alternativen, die ihr offen gestanden waren, durchgängig jene Lösung gewählt hatte, die dem laotischen Nationalcharakter am wenigsten entsprach:

- Gegenüber den Bauern beispielsweise konnte sie den nach marxistischem Selbstverständnis offensichtlich unausweichlichen Sozialisierungskurs entweder behutsam oder aber "schneidig" angehen lassen. Sie wählte das letztere, kündigte im Mai 1978 - ungefähr parallel zu den Vorgängen in Südvietnam - einen Kurs der schnellen Vergenossenschaftlichung an und zog bis Juli 1979 2.500 Kooperativen hoch - mit der Folge, daß die Bauern, die bisher fast nur die Subsistenzwirtschaft gekannt hatten, überfordert waren, ihre Gefolgschaft verweigerten, das Vieh abschlachten, die Ernten z.T. vernichteten und sogar ins Ausland flohen (im einzelnen Martin Stuart-Fox, "The Initial Failure of Agricultural Cooperativization in Laos", Asia Quarterly, Nr.4, 1980).

- Nicht sehr viel geschickter verfuhr die Führung gegenüber den Städtern. Es war klar, daß die künstliche "Hochkonjunktur", die dort jahrelang mit amerikanischer Hilfe künstlich geschaffen worden war, nach dem Abzug der USA nicht mehr länger anhalten konnte, sondern durch eine neue Politik ersetzt werden mußte. Dies sahen auch die städtischen Bürokraten und Kaufleute ein. Doch statt hier eine Übergangslösung zu schaffen, die den wirtschaftlichen Fall sanft abgedämpft hätte, ging die Regierung "mit der Brechstange" vor, indem sie die Betriebe verstaatlichte, überall Funktionäre einsetzte, die nichts von Management verstanden, und anstelle des Leistungsprinzips und der materiellen Anreize gleichsam über Nacht eine Politik der strikten Reglementierung verhängte. Kein Wunder, daß der unternehmerische Mittelstand ebenfalls "über den Mekong" floh.

- Die Alternative gegenüber den Fachleuten und Funktionären des Ancien Régime lautete: Amnestie und sanfte "Umerziehung" oder Internierung? Viele höherrangige Militärs und Zivilbeamte folgten Ende 1975 der "Einladung" des Pathet Lao zur politischen Umerziehung in Seminaren, welche auf dem Gebiet der früheren Pathet-Lao-Zone im Nordwesten des

Landes stattfanden. Nicht wenige dieser Funktionäre hatten gegenüber der neuen Bewegung durchaus Sympathien und fühlten sich außerdem durch Empfehlungen des neutralistischen Ministerpräsidenten Souvannah Phouma dazu ermuntert, sich einer solchen "Umerziehung" zu unterwerfen. Zu ihrem Erstaunen freilich landeten sie zumeist in Arbeitslagern und kamen auch keineswegs innerhalb weniger Wochen wieder frei, sondern hatten Jahre dort zu verbringen, so daß sich jeder anfangs noch vorhandene Goodwill nach und nach in Zynismus und Fluchtwillen verwandelte. Selbst die Entlassenen und zur Mitarbeit Eingeladenen wählten deshalb nicht selten ebenfalls den Weg über den Mekong hinüber nach Thailand.

- Was schließlich die Monarchie anbelangte, so konnte sie dem Pathet Lao unmöglich als erhaltenswert erscheinen. Aber auch hier hätte man die Bevölkerung nicht vor vollendete Tatsachen stellen, sondern noch etwas zuwarten sollen.

Daß all diese Entscheidungen auch auf etwas "laotischer", d.h. sanftere und buddhistischere Art und Weise hätten durchgeführt werden können, bewies die NEP-Politik, wie sie dann endlich im Dezember 1979 beschlossen wurde. Nun freilich war es zu spät. Die neue Führung hatte zuviel Porzellan zerschlagen und das Vertrauen der Bevölkerung weitgehend verspielt.

Die Folgen waren für die Wirtschaft schmerzlich: Nicht weniger als ein Zehntel der 3-Millionen-Bevölkerung verließ bis 1981 das Land - unter ihnen nicht nur Minderheiten, wie die Meo, sondern auch mittelständische Unternehmer, Akademiker und die für den Neuaufbau so dringend benötigten Techniker und Wissenschaftler.

War die Pathet-Lao-Führung in den Jahren von 1976 bis 1978 eigentlich von allen guten Geistern verlassen, als sie von den zur Wahl stehenden Entscheidungen jeweils die allerunglücklichste traf, oder hatte sie am Ende gar keinen anderen Ausweg? Zugutezuhalten ist ihr zunächst einmal, daß sie - getragen von den Siegen der Revolutionsbewegungen in Vietnam und Kambodscha - zu schnell - und damit unvorbereitet an die Hebel der Macht gekommen war. Des weiteren aber ist es gewiß kein Zufall, daß alle Grundsatzentscheidungen, wie die Versendung der Fachleute des Ancien Régime, die schnelle Vergenossenschaftsbewegung und das harte Vorgehen gegen die "städtische Bourgeoisie" bis in die Einzelheiten hinein parallel zu den Maßnahmen in Südvietnam betrieben wurden, daß also mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit die PL-Entscheidungen von Vietnam her gesteuert waren. Die vietnamesische Fernlenkung war besonders deutlich auf dem Gebiet der Außen- und Verteidigungspolitik, zeigt sich aber auch bei der Wirtschaftspolitik (hier wurde z.B. der erste laotische Fünfjahresplan mit dem dritten vietnamesischen Plan synchronisiert) und schließlich in der allgemeinen Überwachung der Ministerien, wo praktisch hinter jedem Stuhl eines laotischen Funktionärs ein vietnamesischer "Berater" steht, ihm

über die Schulter schaut und unmißverständliche Fingerzeige gibt. Die Parallelität zwischen Vietnam und Laos ist also wohl keineswegs zufällig.

Dies zeigt sich nicht nur dann, wenn Laos einen dogmatischen Kurs einschlägt, sondern auch dann, wenn, wie seit Dezember 1979, wieder Tauwetter eintritt. Auch das "Neue Testament" vom Dezember 1979 folgte ja mit kurzem zeitlichen Abstand dem neuen NEP-Kurs Vietnams. Nun wurden plötzlich wieder fünf Sektoren im Wirtschaftsleben anerkannt, nämlich der Subsistenz-, der Genossenschafts-, der privatkapitalistische, der gemischt staatlich-private und der staatliche Bereich. Materielle Anreize, Leistungs- und Profitorientierung galten auf einmal wieder als legal; der innerstaatliche Handel wurde seiner Fesseln entledigt, Märkte waren wieder zugelassen und die Bestimmungen für Ausfuhr und Einfuhr wurden erleichtert.

Wäre dieses "Neue Testament" zweieinhalb Jahre früher verkündet worden, so hätte es vermutlich zugunsten der laotischen Wirtschaft voll eingeschlagen; inzwischen aber war das in Laos verbliebene unternehmerische Element auf einen Bruchteil seines einstigen Bestandes zusammengeschrumpft; die inzwischen zugelassene Liberalisierungspolitik führte unter diesen Umständen eher zu noch weiteren negativen Auswirkungen, insofern nunmehr nämlich die Begehrlichkeit kleiner Funktionäre geweckt wurde, die an den neuen Gewinnchancen anderer nicht unbeteiligt bleiben wollten.

Die neue Politik entspricht den Wünschen eines Teils des laotischen Politbüros, zu dem sich Prinz Souphanouvong und Phoumi Vongvichit rechnen darf. Diese "Fraktion" allerdings wurde durch den harten Kern unter der Führung von Kaysone Phomvihane, Nhouk Phoumsavan und Sisomphone Lovamsay an die Seite gedrängt. Wenn nunmehr durch das "Neue Testament" vom Dezember 1979 die harte "vietnamesische" Politik der Jahre 1976 bis 1978 revidiert wurde, so ist damit keineswegs ein "laotischer" Kurs und auch keine Politik eingeschlagen worden, die den Intentionen Souphanouvongs und Phoumi Vongvichits entspräche (dies ist beispielsweise die Meinung von Martin Stuart-Fox, "Reflections on the Lao Revolution", Contemporary South East Asia, vol.III, No.1, June 1981, S.41-57 (52)); vielmehr hat sich auch jetzt wieder, wie bereits erwähnt, die vietnamesische Linie durchgesetzt, die damals eben "hart und dogmatisch" war, inzwischen aber "flexibel und pragmatisch" geworden ist.

Den Preis freilich mußte am Ende immer Laos bezahlen, dessen Klagen anlässlich des 6.Gründungsjubiläums der LDVR recht bezeichnend sind. Die "Kader und Parteimitglieder" hätten die "alten Gewohnheiten der Kleinproduzenten" noch lange nicht abgelegt, sondern seien für "Nepotismus" und Korruption empfänglich (Radio V. in SWB, 25.11.81). Beklagt werden ferner Sicherheitsprobleme und das Aufflammen zahlreicher Widerstandskämpfe, vor allem im Norden des Landes. Zu beklagen ist auch

noch, wie oben (1c) ausgeführt, die Flucht von noch immer rund 2.000 Personen pro Monat.

Aufsehen hat die Flucht von acht Mitgliedern der laotischen Königsfamilie am 10.August 1981 erregt, die in einem Fischerboot nach Thailand übersetzten. Unter ihnen befand sich der 57 Jahre alte Prinz Thon Parnark, der seit 1975 gezwungen worden war, als Bauer zu arbeiten (XNA, 12.8.81). Fünf Tage vorher, am 5.August, waren bereits zwei weitere laotische Prinzen - an einen Bananestamm geklammert - über den Mekong geflohen (XNA, 6.8.81). Inzwischen ist von einem früheren laotischen Abgeordneten der Tod des Königs Sri Savang Vatthana bestätigt worden. Er war in einem "Umerziehungslager" in Viengsay (Provinz Sam Neua) zu Schwerarbeit verurteilt worden (XNA, 1.10.81). Im Lager Viengsay werden auch heute noch 700 Beamte und Offiziere des Ancien Régime festgehalten (ebenda). Das Lager liegt ungefähr 4 km von der laotisch-vietnamesischen Grenze entfernt. Souvannah Phouma, der "Ratgeber" für die LDVR-Regierung, meinte in einem Interview, daß die "meisten" der Lagerinsassen in der Zwischenzeit freigelassen worden sind (SWB, 14.8.81).

Die laotische Königsfamilie war schon vor 1975 in drei Fraktionen aufgespalten: Der "rote Prinz" Souvannah Phouma gehörte der Pathet-Lao-Bewegung an, das eigentliche Königshaus residierte in Luang Pravang und außerdem gab es noch einen Zweig im Süden des Landes, in der Champassak-Provinz; dieser letztere Teil war von Prinz Boun Oum repräsentiert worden. Die Königsfamilie hat insofern noch politische Bedeutung, als die am 15.September in der Provinz Champassak gegründete "Laotische Befreiungsfront" u.a. die Wiederherstellung des früheren Königreichs von Laos anstrebt. Der 57jährige Prinz Thon Parnark könnte dabei als "Prinzregent" eine Chance haben.

Insgesamt soll es heute in Vietnam rund 35 "Umerziehungslager" geben. Offensichtlich hat die Führung inzwischen eingesehen, daß die Verwahrung in Lagern eine Vergeudung menschlicher Arbeitskraft und technischen Könnens mit sich bringt. Mit einer bloßen Entlassung ist es heute freilich nicht mehr getan. Man müßte die Entlassenen zugleich auch Tag und Nacht bewachen. Oder sollte am Ende die "Umerziehung" gar auf fruchtbaren Boden gefallen sein? Nur ein Optimist könnte dies glauben.

Auch anlässlich des 6.Jahrestags wird dazu aufgerufen, an dem Kurs der "drei Revolutionen" festzuhalten, nämlich im Bereich der Produktion, der Wissenschaft und Technik sowie der Kultur und Ideologie, wobei die Wissenschafts- und Technologie-Revolution heute als "Schlüsselsektor" bezeichnet wird - ein Aufgabenbereich allerdings, der zum größten Teil nicht aus eigenen Kräften, sondern nur mit auswärtiger Hilfe aktiviert werden kann: Hier deutet sich bereits ein neues Problem an.

Viel Anlaß zur Selbstzufriedenheit hat Laos heute nicht. Vielleicht will man dieses ungute Gefühl durch das Fei-

ern von Festen übertönen. So z.B. hatte man sich auch den 23.August nicht entgehen lassen, an dem der 6.Jahrestag der "totalen Machtergreifung durch das Volk" gefeiert wurde. Am 23.August 1975 nämlich sei die neutralistische Regierung abgesetzt und damit einem "Regime, das den Feudalismus, Kolonialismus und Neokolonialismus der Imperialisten" repräsentiert hatte, der Garaus gemacht worden. Der 23.August habe den Weg für den 2.Dezember 1975 geebnet (KPL in SWB, 29.8.81).

b) Der wachsende Widerstand in Laos

Im Gegensatz zu Vietnam, wo der FULRO-Widerstand nur als "Hautkrankheit", nicht jedoch als "Herzleiden" bezeichnet wird, kehren die Laoten das Widerstandsproblem nicht unter den Teppich, sondern stellen es in den Mittelpunkt ihrer öffentlichen Erklärungen und Diskussionen. Offensichtlich verpricht man sich davon eine schärfere Zeichnung des Feindbildes. Drei Feinde werden den Laoten vor Augen gehalten, nämlich die "Imperialisten" (gemeint sind die USA), die "Beijinger Expansionisten und Hegemonisten" und "andere reaktionäre Kräfte", zu denen die Widerstandsbebewegungen innerhalb und außerhalb der Grenzen von Laos gerechnet werden. Ziel dieser drei "kooperierenden" Kräfte sei es, die neue "Volksregierung" zu stürzen und Laos "aufzufressen". Dazu bedienten sie sich der psychologischen Kriegsführung (durch Propaganda und Unterminierung der Solidarität der verschiedenen Minderheiten), ferner der Schaffung einer sog. "Nationalen Befreiungsfront" (hierzu Näheres in C.a., November 1980, S.970 ff.) und der Entsendung von "Spionen" hauptsächlich in nördliche und westliche Provinzen, wo die nationalen Minoritäten gegen die Zentralregierung aufgebracht werden sollen (Radio V. in SWB, 27.8.81). Ferner ließen die Chinesen ihre Truppen jenseits der Grenzen aufmarschieren, bildeten Minoritätenangehörige im Untergrundkampf und in der Subversionstechnik aus und schmuggelten Waffen ein (Radio V. in SWB, 31.7.81). Die chinesischen Medien melden besonders häufig Siege der "laotischen Guerillakämpfer" gegen vietnamesische Truppen in Laos, vor allem in den Provinzen Savannakhet, Saravane und in Champassak (z.B. XNA, 4.9., 14.9., 8.10. und 12.10.81). Die Zahl der "getöteten und verwundeten" Vietnamesen ist allerdings immer nur mit 6, 10 oder 12 angegeben worden. Strategische Entscheidungen können durch solche Störmanöver kaum erzwungen werden.

Mitte August gelang es den Regierungstruppen, eine kleine Gruppe von "Lao-Banditen" in der Provinz Nam Tha in Nordlaos abzufangen, die in China ausgebildet worden war. Bei dem kurzen Feuergefecht wurden acht getötet und einige in voller Bewaffnung gefangengenommen. Der Anführer der Gruppe war 25 Jahre alt und 1977 nach Thailand gegangen, wo er sich der Thai-Armee anschloß. Ein in Diensten der "USA und später Chinas stehender Agent" habe ihn sodann für eine Ausbildung im Yang-Kreis in der chinesischen Provinz Yunnan angeworben. Dort wurden zusammen mit

ihm 121 Laoten von chinesischen Instrukteuren ausgebildet, und zwar im Gebrauch von Waffen, aber auch in politischen Fragen, wobei der Antivietnamismus im Vordergrund stand. Sie sollten, wie es hieß, der "Neutralen Armee von Laos" angegliedert werden. Nach einem Jahr im Trainingslager wurde der Befragte im Januar 1981 nach Muongla geschickt, wo er gegen die laotische Regierung agitieren und zugleich weitere junge Laoten für die "neutrale Armee" anwerben sollte. In einer Zwölf-Mann-Gruppe kam der Befragte ein zweites Mal nach Nordlaos, um dort und in einem Flüchtlingslager auf thailändischem Boden weitere Rekruten anzuwerben. Als sie gerade dabei waren, mit einem selbstgebauten Floß nach Birma überzusetzen, wurden sie von laotischer Miliz gefaßt (VNA in SWB, 28.8.81).

Es seien vor allem, wie Radio Vientiane hervorhebt, die Chinesen und die Amerikaner, die die "Laotische Befreiungsfront" maßgeschneidert hätten und "reaktionäre Lao-Elemente" für den regierungsfeindlichen und antivietnamesischen Kurs zu gewinnen trachteten (SWB, 20.8.81). Neuerdings bemühten sie sich, neben den "Auslandslaoten" sogar noch die "Chiang-Kai-shek-Resttruppen" im Goldenen Dreieck und die "thailändischen Maoisten" vor ihren Karren zu spannen (Radio V. in SWB, 14.8.81).

Im Anschluß an die New Yorker Internationale Konferenz über Kambodscha im Sommer 1981 hätten sich verschiedene "reaktionäre laotische Gruppen" in New York getroffen, um die bereits seit September 1980 bestehende "Laotische Befreiungsfront" noch weiter auszubauen. Unter ihnen habe sich Vang Pao sowie Phoumi Nosavan (stellvertretender Ministerpräsident im früheren Souvannah-Phouma-Kabinet, der 1965 aus Laos geflohen war) befunden. Bei dem Treffen wurde Phoumi Nosavan zum Vorsitzenden der Laotischen Befreiungsfront gewählt. Er bestätigte in einem AFP-Interview, daß die Front bereits im September 1980 bei einem Geheimtreffen gegründet worden war, an dem auch Vertreter der FULRO teilgenommen hätten (SWB, 28.7.81).

Radio Vientiane bezeichnet Phoumi Nosavan als ein "altes Pferd", das inzwischen "sehr langsam dahingaloppiert". Das Pferd ist alt und seine Mähne grau geworden. Der Sattel dürfte für den Klepper zu groß und zu schwer sein" (Radio V. in SWB, 29.7.81).

Hauptaufgabe der neuen Front ist es vor allem, den vietnamesischen Nachschub nach Nordkambodscha zu unterbrechen, die Khmer-Rouge-Flanken zu schützen und eines Tages vielleicht sogar eine oder mehrere "befreite Zonen" zu schaffen. Soweit es gelingt, mit den DK-Truppen und der FULRO zusammenzuarbeiten, wären solche Ziele nicht einmal ganz unrealistisch. Vor allem bei den Meos, die unter den Verfolgungen vietnamesischer und laotischer Regierungstruppen besonders zu leiden hatten (unter den 250.000 Laos-Flüchtlings in Thailand sind immerhin 45.000 Meos), ist die Motivation zum Kampf gegen

Die laotischen Provinzen



Vientiane und Vietnam besonders hoch zu veranschlagen. Ursprünglich gab es an die 350.000 Meos in Laos. Rund 100.000 dürften geflohen sein; wieviele den Verfolgungen zum Opfer gefallen sind, ist unbekannt. Immerhin dürfte man mit noch rund 200.000 Meos zu rechnen haben. Sie wären die eigentliche Basis einer "Befreiungsfront".

Eine andere Gruppe sind die Mong, aus deren Kreis sich Exilanten im Ausland, vor allem in China, gesammelt haben und denen es um Errichtung eines Mong-Königtums geht. Die Chinesen benutzten die Tatsache, daß Mong diesseits und jenseits der chinesisch-laotischen Grenze lebten, dazu, um Angehörige dieses Volksstamms für subversive Zwecke auszubilden (Radio V. in SWB, 30.11.81). Aber auch andere Minoritäten sind dem neuen Regime in Vientiane nicht gerade freundlich gesonnen. Es erübrigt sich hier, einzelne Völkernamen aufzuzählen. Stattdessen sei darauf hingewiesen, daß sich Hochlandbewohner, Mittellandbewohner, Fluß-Tal-Bewohner und Bewohner der Ebene unterscheiden lassen, die sich nicht nur ihrer Nationalität, sondern auch in ihrer sozioökonomischen Lebensweise voneinander unterscheiden und außerdem verschiedene Sprachen sprechen. Von einer "laotischen" Nation zu sprechen, ist unter diesen Umständen abwegig. Stärker als jede Gemeinsamkeit ist die in Laos überall zu beobachtende Vielheit. Für eine Nation nach modernem Verständnis fehlen die einfachsten Voraussetzungen; sie ließe sich allenfalls bei den Tiefland-Laoten herausbilden. Wenn manchmal davon die Rede ist, daß bisher alle möglichen auswärtigen Staaten, angefangen von den Franzosen über die Japaner bis hin zu den Amerikanern, sich jeweils "falscher" Nationalisten bedient hätten, während nun erstmals wirkli-

che Laoten zum Widerstand gegen die Pathet-Lao-Führung und gegen Vietnam angetreten seien, so ist dies überspitzt und ganz gewiß unrichtig; was die neue Widerstandsfront letztlich zusammenhält, ist nicht irgendein laotisches Identitätsgefühl, sondern die gemeinsame Abneigung gegen eine Macht, die sich kommunistisch legitimiert und obendrein noch mit Vietnam in Verbindung steht. Ebenso wie in Birma geht es den einzelnen Völkernschaften um die Sicherung von Minoritätenenklaven, die durch den Zentralismus Vientianes gefährdet sind. Das offizielle Ziel einer Wiedererrichtung der laotischen Monarchie bedeutet unter solchen Umständen kaum etwas anderes als die Schaffung eines losen Gebäudes, unter dessen Dach alle möglichen Ethnien ein möglichst unangefochtenes Plätzchen gewinnen können. Nichts wirkt solchen separatistischen Bestrebungen mehr entgegen als z.B. ein mit zentralstaatlichen Mitteln aufgezogenes Projekt wie der neue laotische Fünfjahresplan. Auch die "Befriedungskampagnen" der 50.000 vietnamesischen Soldaten sind nicht gerade nach dem Geschmack der einzelnen Minoritäten. Kein Wunder, daß sich hier viele Kristallisationen für einen Widerstand ergeben haben, der nunmehr in der Laotischen Befreiungsfront ein Dach finden konnte. Laos ist m.a.W. ein Land, das für die Guerilla sowohl topographisch als auch völkisch wie geschaffen ist. Es ist verhältnismäßig einfach für außenstehende Mächte, hier eine Gruppe gegen die andere auszuspielen.

Mit welchen Mittel bekämpft die Regierung solche Unruheherde?

- Da sind zunächst einmal die Ge- wehrläufe: Eingesetzt werden sowohl militärische wie polizeiliche Mittel. Zu den ersteren gehören die regulären

Truppen, die Regionalverbände und die örtlichen Milizen. Daneben fungieren die Sicherheitskräfte, die vom Innenministerium gesteuert werden. Zur Guerillabekämpfung werden weniger die regulären Verbände, als vielmehr die Regionaltruppen, die Milizen und die Sicherheitstruppen eingesetzt, vor allem in den "fünf nördlichen Provinzen" (Sayaburi, Oudomsay, Nam Tha, Phong Saly und Luang Prabang (vgl. Karte). Es sind dies m.a.W. solche Provinzen, die an China, Birma und Nordthailand angrenzen. Gerade in diesen Gebieten habe man in den letzten Jahren Abwehrerfolge erzielt, wie Radio Vientiane (SWB, 14.11.81) hervorhebt. Bemerkenswert seien solche Erfolge auch in den zentralen Provinzen (Vientiane und Savannakhet) gewesen sowie überhaupt in den Gebieten entlang dem Mekong. Wesentlich ungünstiger dagegen scheint die Lage in den Südprovinzen zu sein, die an das nordöstliche Kambodscha anschließen und wo gerade in den letzten Monaten die Kontakte zwischen DK- und laotischen Widerstandseinheiten besonders intensiv geworden zu sein scheinen. Erfolgsmeldungen der Regierungstruppen liegen aus der Provinz Saravane vor. Unter der Leitung der Militärkommission beim ZK, die einen "Fünfjahresplan" (Inhalt und Zeitraum nicht bekannt) erlassen hat, wurden in 8.992 Fällen (in welchem Zeitraum?) "Reaktionäre und Spione" bekämpft. Die Regionalstreitkräfte von Saravane hätten (Zeitraum?) zehn feindliche Motorboote versenkt und 223 Schusswaffen verschiedenen Typs beschlagnahmt. "Kombinierte Bataillone und unabhängige Kompanien hätten daneben in den vergangenen fünf Jahren die Ackerfläche in Saravane um 624 ha ausgedehnt (Radio V. in SWB, 10.3.81). Der Hinweis auf die "kombinierten Bataillone" ist insofern interessant, als die laotischen Militärverbände keine Einheiten in Divisionsstärke besitzen. Die 20.000 Mann Regierungstruppen dürfen allenfalls bis Bataillonsstärke formiert werden - offensichtlich eine Sicherheitsmaßnahme der mißtrauischen Vietnamesen. Ist trotzdem einmal ein noch größerer Verband zu bilden, so stellt man eben nicht Regimenter oder Divisionen, sondern "kombinierte Bataillone" auf.

Die Truppen haben, alter Tradition entsprechend, nicht nur zu kämpfen, sondern z.T. auch für ihre eigene Ernährung zu sorgen und bauen zu diesem Zweck - Bauernsöhne, die die meisten sind - hauptsächlich Reis an (Radio V. in SWB, 21.9.81). Um die "Kampfmoral" der Soldaten aufrechtzuerhalten, werden Studienkurse abgehalten, werden Schulen für die "Kulturausbildung in der Armee" eingerichtet und feierliche Auszeichnungszereemonien abgehalten (Radio V. in SWB, 29.8.81). Ähnliche Ehrungen werden auch verdienten Polizeioffizieren zuteil (ebenda).

- Auf sozialem Gebiet bemüht man sich, eine etwas minoritätenfreundlichere Politik zu betreiben. Von der ersten Konferenz über Nationalitätenarbeit war bereits die Rede (C.a., Juli 1981, S.463).

- Ferner gilt es, gegen die "psychologische Kriegsführung" des Feindes vorzugehen (Radio V. in SWB,

30.11.81). Parteimitglieder, Militärs und Polizei, aber auch die übrige Bevölkerung sind zu "besonderer Wachsamkeit" aufgerufen (Radio V. in SWB, 27.8.81). Im Dienste der "Wachsamkeit" steht vor allem die Jugendliga, bei deren einzelnen Organisationen nicht zufällig gerade Militärs und Polizei sich ein immer häufigeres Stelldichein geben (Radio Vientiane in SWB, 8.10.81). Es werden Suchtrupps organisiert, die feindliche Kommandoeinheiten aufspüren sollen - dies vor allem im Grenzgebiet zu China und Thailand hin (Radio V. in SWB, 10.8. und 29.8.81).

- Eine weitere Maßnahme ist die Zusammenarbeit mit vietnamesischen Kampfverbänden, die in der Stärke von immerhin 50.000 Mann in Laos vertreten sind.

- Letztlich aber können die Behörden das Sicherheitsproblem nur dann in den Griff bekommen, wenn sich die Wirtschaftslage wieder mehr aufhellt. Die NEP-Wirtschaftspolitik vom Dezember 1979 könnte hier langfristig zur Beruhigung der Gemüter beitragen - so wenigstens hofft die Regierung.